



Geschäftsbericht 2018

Lagebericht 2018

1	Grundlagen der Sparkasse	4
2	Wirtschaftsbericht	5
3	Nachtragsbericht	16
4	Risiko-, Chancen- und Prognosebericht	17
	Jahresabschluss	33
	Anhang	37
	Organe	48
	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	50

1 Grundlagen der Sparkasse

1.1 Geschäftsmodell der Sparkasse

Die Sparkasse Karlsruhe, gegründet im Jahr 1812, ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Karlsruhe. Die 15 Träger der Sparkasse sind die Städte Karlsruhe und Philippsburg, die Großen Kreisstädte Ettlingen, Rheinstetten und Stutensee sowie die Gemeinden Dettenheim, Eggenstein-Leopoldshafen, Graben-Neudorf, Karlsbad, Linkenheim-Hochstetten, Malsch, Marxzell, Pfinztal, Waldbronn und Weingarten.

Als selbstständiges regionales Wirtschaftsunternehmen bietet die Sparkasse Karlsruhe zusammen mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe Privatkunden, Unternehmen und Kommunen Finanzdienstleistungen und -produkte an. Wir betreiben grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz Baden-Württemberg, die Sparkassengeschäftsverordnung oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Der im Sparkassengesetz verankerte öffentliche Auftrag verpflichtet die Sparkasse, mit ihrer Geschäftstätigkeit in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft - insbesondere des Mittelstands - und der öffentlichen Hand mit Bankdienstleistungen sicherzustellen.

Die Sparkasse ist als Mitglied im Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) über dessen Sparkassenstützungsfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieses Sicherungssystem ist von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Einlagensicherungssystem nach dem EinSiG anerkannt worden.

1.2 Organisationsstruktur

Organe der Sparkasse sind der Verwaltungsrat, der Kreditausschuss und der Vorstand.

Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für die Geschäfte der Sparkasse, erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeit. Er setzt sich aus insgesamt 24 Mitgliedern zusammen. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates ist dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

Der Kreditausschuss, bestehend aus 7 Mitgliedern, beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach der Geschäftsanweisung und über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten im Sinne von § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen.

Der Vorstand, bestehend aus 4 Mitgliedern, leitet die Sparkasse in eigener Verantwortung. Er vertritt die Sparkasse und führt ihre Geschäfte.

Unser Geschäftsgebiet mit rund 552.500 Einwohnern liegt im Herzen der TechnologieRegion Karlsruhe und bietet 1.380 Mitarbeitern einen Arbeitsplatz. Zum 31. Dezember 2018 unterhielten wir eine Hauptstelle, 3 Regionaldirektionen, 41 personenbesetzte Filialen und 38 SB-Stellen in unserem Geschäftsgebiet. Gemessen an der Bilanzsumme ist die Sparkasse die siebtgrößte Sparkasse in Baden-Württemberg und steht auf Platz 26 unter den Sparkassen in Deutschland.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2018 gegenüber dem Vorjahr um 3,2 % auf 1.380 verringert, von denen 814 vollzeitbeschäftigt, 466 teilzeitbeschäftigt sowie 100 in Ausbildung sind. Zum Jahresende beschäftigte die Sparkasse insgesamt 931 Mitarbeiterinnen und 449 Mitarbeiter. Der Rückgang ist Folge einer natürlichen Fluktuation. Auch künftig verfolgen wir das Ziel einer sukzessiven und moderaten Personalreduzierung im Rahmen der vorhandenen Fluktuation.

2 **Wirtschaftsbericht**

Im Hinblick auf die Konzentration der Berichterstattung auf die gesetzlich geforderten Inhalte sowie eine zusätzliche Fokussierung der Berichterstattung zu den wirtschaftlichen Verhältnissen wurde das Gebot der Darstellungstetigkeit zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit der Berichterstattung auf die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zulässigerweise durchbrochen.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage 2018 sowie bedeutsamste Leistungsindikatoren

Der Geschäftsverlauf und die Lage der Sparkasse im Geschäftsjahr 2018 werden unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen sowie branchenspezifischen Entwicklung als gut beurteilt.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die damit einhergehende Kreditnachfrage in unserem Geschäftsgebiet führten zu einem deutlichen Anstieg bei den Kundenforderungen. Insbesondere Kredite an Firmenkunden aber auch die private Immobilienfinanzierung haben zu einer guten geschäftlichen Entwicklung beigetragen. Wachstumsträger auf der Passivseite waren die Kundeneinlagen, wobei sich die Strukturanteile erneut deutlich von den Spareinlagen in Richtung Sichteinlagen verschoben haben.

Die Finanz- und Vermögenslage kann unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als solide beurteilt werden. Wir haben unsere für das Jahr 2018 anvisierten Zielwerte sowohl im Passiv- als auch im Aktivgeschäft erreicht bzw. übertroffen.

Die Ertragslage kann insgesamt als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der Zinsüberschuss ist weiter rückläufig, da die geringeren Zinserträge nur noch bedingt durch einen geringeren Zinsaufwand kompensiert werden können. Darüber hinaus war die Ertragslage in 2018 gekennzeichnet durch einen in absoluten Zahlen nahezu konstanten Provisionsertrag, der Verwaltungsaufwand war dagegen rückläufig. Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft überstiegen die Neubildungen die Auflösungen.

An den Werten im Vergleich zu anderen Sparkassen gleicher Größe im baden-württembergischen Verbandsgebiet sind unsere Erfolge gut ablesbar. Die Ergebnisse in den einzelnen Bereichen zeigen, dass die Sparkasse "stabil auf Kurs" ist und dass wir uns im Vergleich zu anderen Sparkassen gut behauptet haben.

Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren

Als bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren dienen in Übereinstimmung mit der sparkasseninternen Berichterstattung folgende Steuerungsgrößen:

- Wachstum Forderungen an Kunden
- Wachstum Mittelaufkommen von Kunden
- Betriebsergebnis vor Bewertung in % der DBS
(DBS = Summe monatlicher Bilanzsummen dividiert durch 12)

Die Entwicklung der Leistungsindikatoren „Forderungen an Kunden“ und „Mittelaufkommen von Kunden“ kann der nachfolgend dargestellten Tabelle zum Geschäftsverlauf entnommen werden.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung ist unsere oberste strategische Steuerungsgröße. Die Kennzahl soll langfristig größer 0,90 % der DBS sein. Aufgrund der durch die EZB-Zinspolitik verursachten Negativzinsen und der sich damit ergebenden rückläufigen Ergebnisse reduziert sich das Betriebsergebnis vor Bewertung sukzessive. Mit organischen Kostensenkungen können die Ertragsrückgänge weder kurz- noch mittelfristig vollständig aufgefangen werden.

Wir gehen jedoch davon aus, dass das Betriebsergebnis vor Bewertung auch in den Jahren 2020 bis 2025 nicht unter 0,70 % der DBS liegen dürfte.

Mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 0,99 % der DBS wurde unser Ziel für das Geschäftsjahr 2018 erreicht. (Darstellung des Betriebsergebnisses vor Bewertung siehe Ziffer 2.3.3 Ertragslage).

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über den Geschäftsverlauf der Sparkasse Karlsruhe:

	Bestand		in % des Geschäftsvolumens		Veränderungen		
	31.12.2018	31.12.2017	2018	2017	2018	2018	2017
Bilanz	Mio. €	Mio. €	%	%	Mio. €	%	%
Geschäftsvolumen ¹	8.634,9	8.094,7			540,2	6,7	4,3
Bilanzsumme	8.482,9	7.931,7	98,2	98,0	551,2	6,9	4,9
Aktivgeschäft							
Kundenkreditvolumen	6.283,4	5.872,6	72,8	72,5	410,8	7,0	6,3
darunter:							
Forderungen an Kunden ²	6.128,7	5.706,4	71,0	70,5	422,3	7,4	7,2
Treuhandvermögen	2,8	3,3	0,0	0,0	-0,5	-15,2	-13,2
Eventualverbindlichkeiten	152,0	163,0	1,8	2,0	-11,0	-6,7	-18,7
Forderungen an Kreditinstitute	100,8	109,4	1,2	1,4	-8,6	-7,9	-86,7
Wertpapiervermögen	1.731,4	1.727,4	20,1	21,3	4,0	0,2	61,7
Anlagevermögen	198,2	200,4	2,3	2,5	-2,2	-1,1	-3,6
Sonstige Vermögenswerte	321,0	184,9	3,7	2,3	136,1	73,6	38,1
Passivgeschäft							
Mittelaufkommen von Kunden ³	6.299,8	5.958,3	73,0	73,6	341,5	5,7	3,5
darunter:							
Spareinlagen	2.243,2	2.338,0	26,0	28,9	-94,8	-4,1	-5,0
Eigenemissionen	50,9	33,1	0,6	0,4	17,8	53,8	-0,6
Sichteinlagen	3.905,0	3.539,3	45,2	43,7	365,7	10,3	10,4
Termineinlagen	73,2	22,0	0,8	0,3	51,2	232,7	-8,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.236,9	1.066,6	14,3	13,2	170,3	16,0	18,6
Sonstige Passivposten (einschl. Eventualverbindlichkeiten und Rückstellungen)	703,6	683,5	8,1	8,4	20,1	2,9	-5,8
Bilanzielles Eigenkapital	394,6	386,2	4,6	4,8	8,4	2,2	2,1
darunter:							
Sicherheitsrücklage	386,2	378,2	4,5	4,7	8,0	2,1	2,1

1) Bilanzsumme zzgl. Eventualverbindlichkeiten

2) Bilanzposition Aktiva 4 (Forderungen an Kunden)

3) Bilanzpositionen Passiva 2 + 9 (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden + Nachrangige Verbindlichkeiten)

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

Die Weltproduktion ist 2018 mit 3,7 % in ähnlichem Tempo wie im Vorjahr gewachsen, obwohl sich 2018 erste Spuren der von den USA ausgehenden Abschottungen und zollpolitische Konflikte gezeigt haben. In der Europäischen Union war die institutionelle Weiterentwicklung dominiert vom anstehenden Austritt des Vereinigten Königreiches. Dennoch schloss der Euroraum das Jahr 2018 mit einer Wachstumsrate von 1,8 % ab.

Deutschland mit einem guten und einem stockenden Halbjahr

Im ersten Halbjahr 2018 konnte Deutschland zunächst seine aus den letzten vier Jahren gewohnte hohe Wachstumsdynamik aufrechterhalten. Eine Ernüchterung bei den Stimmungsindikatoren und dann auch bei den handfesten Produktionszahlen trat im Sommer 2018 ein. Die handelspolitischen Unsicherheiten aus der Weltwirtschaft gingen an Deutschland als einem ausgesprochen stark in die internationale Arbeitsteilung verwobenen Land nicht spurlos vorbei.

Inzwischen zeichnet sich ab, dass auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im vierten Quartal 2018 eher verhalten war. Damit präsentiert sich das zweite Halbjahr insgesamt deutlich schwächer als das erste.

Für die Gesamtjahresrate des deutschen Wachstums errechnete sich aus diesem wechselhaften Verlauf ein Wert von 1,5 %. Das ist im Gesamtjahresschnitt immer noch ein ansehnlicher, das Potenzialwachstum ausschöpfender Wert. 2018 war damit das neunte positive Jahr in Folge und verlängert den bemerkenswert langen Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erhöhten sich um 3,2 % deutlich schneller als die Verbraucherpreise, die 2018 um 1,9 % zulegten. Auch war die Entwicklung der Einkommensstruktur mit überproportionalem Anstieg der Lohneinkommen „konsumfreundlich“. Die Nettolöhne und -gehälter stiegen nominal sogar um 4,8 %. Im Ergebnis ist die Sparquote der privaten Haushalte 2018 recht deutlich gestiegen auf nunmehr 10,3 % nach 9,9 % im Jahr davor.

Die sich am kräftigsten entwickelnde Verwendungskomponente des Bruttoinlandsproduktes war 2018 die Investitionstätigkeit. Blieben die Investitionen in den vorangegangenen wachstumsstarken Jahren noch recht zurückhaltend, wurden sie nun zum Stabilisator der Gesamtnachfrage in der reifen Phase des langen Aufschwungs. Die Bauinvestitionen legten real um 3,0 % zu. Aber auch die Ausrüstungsinvestitionen nahmen real um 4,5 % zu. Sie wurden offensichtlich von der nach der guten Entwicklung der letzten Jahre hohen Kapazitätsauslastung und auch von den immer noch sehr günstigen Finanzierungsbedingungen angetrieben.

Der deutsche Arbeitsmarkt erreichte derweil erneut Rekordmarken. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland stieg um 1,3 % auf 44,8 Millionen. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich weiter auf 5,2 % im Jahresdurchschnitt 2018, ein Rückgang um nochmals 0,5 Prozentpunkte gegenüber 2017.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat angesichts der auch auf der Ebene des Euroraums 2018 weiterhin robusten Konjunktur und einer sich annähernd auf Zielniveau einpendelnden Preisentwicklung den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik begrenzt. Die Verbraucherpreise im Euroraum stiegen 2018 um 1,7 %. Die Kernrate lag mit 1,0 % noch deutlich darunter. Hinter dem Unterschied stand vor allem ein sich 2018 recht unkalkulierbar bewegender Ölpreis.

Die EZB hat in diesem Umfeld 2018 ihr Wertpapierankaufprogramm in dem zum Jahreswechsel 2017/2018 bereits halbierten monatlichen Netto-Umfang von 30 Mrd. Euro zunächst fortgesetzt. Ab Oktober wurde es verlängert mit einem monatlichen Volumen von 15 Mrd. EUR. Zum Jahresende 2018 wurden die Nettokäufe dann bei einem ausstehenden Bestand von gut 2,5 Billionen Euro eingestellt. Die Leitzinsen wurden 2018 nicht verändert.

Deutsche Kreditwirtschaft

Die BaFin und die Deutsche Bundesbank haben seit 2016 im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process - SREP) die Grundzüge für die Festsetzung von zusätzlichen Eigenmittelanforderungen der Kreditinstitute bekannt gegeben. Der SREP-Kapitalzuschlag dient der Unterlegung des Zinsänderungsrisikos sowie weiterer wesentlicher Risiken, die nach Auffassung der Aufsicht nicht oder nicht ausreichend über die Säule I-Anforderungen abgedeckt sind. Daneben werden weitere Eigenmittelanforderungen zur Unterlegung von Risiken in Stresssituationen festgelegt. Die BaFin hat mit Bescheid vom 4. Januar 2018 bei der Sparkasse die individuellen Eigenmittelanforderungen (SREP-Kapitalzuschlag, Eigenmittelzielkennziffer) festgesetzt.

Mit Wirkung zum 3. Januar 2018 wurde das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) geändert, um die Finanzmarktrichtlinie MiFID II und die Finanzmarktverordnung MiFIR umzusetzen. Das WpHG wurde dabei inhaltlich deutlich erweitert und neu strukturiert. Die Sparkasse führte insofern neue Verfahren zur Product Governance und zur detaillierten Information unserer Kunden über Kosten und Zuwendungen ein. Es wurden die technischen Möglichkeiten geschaffen, um die aufsichtsrechtliche geforderte Aufzeichnung von telefonischer Anlageberatung und -auftragserteilung im Wertpapiergeschäft sicherzustellen. Darüber hinaus wurde das frühere Beratungsprotokoll durch die Geeignetheitserklärung ersetzt.

Im Oktober 2017 hat die BaFin die novellierten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) veröffentlicht. Während Klarstellungen unverzüglich anzuwenden waren, mussten Neuerungen bis zum 31. Oktober 2018 umgesetzt werden. Schwerpunkte unserer Arbeiten zur Anpassung bildeten dabei die Themenbereiche Auslagerung, Dokumentation, Risikokultur und Liquiditätsrisiken.

Entwicklungen in der Sparkassenorganisation

Internationale Rating-Agenturen stellen der Sparkassen-Finanzgruppe regelmäßig sehr gute Zeugnisse aus:

Die Analysten der kanadischen DBRS bescheinigten der Sparkassen-Finanzgruppe zuletzt im Mai 2018 mit einem A-Rating "gute Kreditqualität". Dieses sogenannte Floor-Rating zeigt an, dass die Bonität aller Mitglieder der Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe mindestens mit A bewertet wird; kein Mitglied schneidet schlechter ab.

Die Ratingagentur Fitch hat zuletzt im Februar 2018 ihr seit 2012 bestehendes Rating von A+ für die Sparkassen bestätigt. Moody's Investors Service stufte unseren Verbund zuletzt im Mai 2018 mit dem Rating "Aa2" ein. Das sogenannte "Corporate Family Rating" für die Sparkassen-Finanzgruppe bewertet die Gruppe als Ganzes. Es stellt keine Einheitsnote dar, bestätigt aber die hohe Solidität und Kreditwürdigkeit der Sparkassen-Finanzgruppe insgesamt.

Regionaler Wirtschaftsraum

Die Wirtschaft im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe hat ihren erfolgreichen Wachstumskurs auch 2018 fortgesetzt und erweist sich auch bei zunehmendem Gegenwind als robust. So ist zu Jahresbeginn 2019 zwar im Branchendurchschnitt die Zufriedenheit mit der aktuellen Geschäftslage auf hohem Niveau etwas zurückgegangen, dennoch laufen die Geschäfte der meisten Unternehmen rund. Auch wenn insgesamt die unsicheren weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Investitionsneigung drücken, ist diese jedoch nicht zuletzt aufgrund oftmals starker Auslastung der Kapazitäten weiterhin auf Expansion ausgerichtet.

Die Ergebnisse spiegeln sich auch im Arbeitsmarkt wieder. Der Jahresmittelwert von 3,3 % im Jahr 2018 ist die niedrigste gemessene Arbeitslosenquote im Bereich der Agentur für Arbeit Karlsruhe-Rastatt seit der Wiedervereinigung. Zum Jahresende liegt die Arbeitslosenquote der Hauptagentur Karlsruhe-Rastatt bei 3,2 % (2017: 3,3 %), im Bereich der Geschäftsstelle Karlsruhe - die neben der Stadt einige Umlandgemeinden umfasst - liegt die Quote bei 3,5 % (2017: 3,6 %).

Wettbewerbssituation im Geschäftsgebiet

Die Rahmenbedingungen auf dem nach wie vor durch eine sehr hohe Konkurrenzdichte geprägten Markt der Finanzdienstleistungsinstitute in der Karlsruher Region waren im letzten Jahr weiterhin durch den starken Konditionenwettbewerb geprägt. In unserem direkten Geschäftsgebiet operieren 31 Kreditinstitute (Vorjahr: 31) mit stationären Vertriebsstellen sowie zusätzlich zahlreiche banknahe Mitbewerber.

Der intensive Wettbewerb hält die Margen im Kundengeschäft weiter unter starkem Druck.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme der Sparkasse zum Jahresende 2018 erreichte 8.482,9 Mio. EUR (2017: 7.931,7 Mio. EUR). Sie nahm aufgrund des positiven Kundenkredit- und Kundeneinlagengeschäfts gegenüber dem Vorjahr um 551,2 Mio. EUR (+6,9 %) und damit deutlicher als erwartet zu. Das Geschäftsvolumen weitete sich von 8.094,7 Mio. EUR im Jahr 2017 um 540,2 Mio. EUR bzw. 6,7 % auf 8.634,9 Mio. EUR aus.

2.2.2 Aktivgeschäft (inklusive Eventualverbindlichkeiten)

Kundenkreditvolumen

Im Jahr 2018 hat sich das Kreditgeschäft wie schon in den Vorjahren unserer Prognose entsprechend positiv entwickelt. Das Volumen der Kredite und Darlehen stieg um 410,8 Mio. EUR auf einen Bestand von 6.283,4 Mio. EUR. Der Zuwachs des Kreditbestandes mit Kunden von 7,0 % lag damit sowohl über dem Niveau des Vorjahres, als auch deutlich über dem Durchschnittswert der baden-württembergischen Sparkassen.

Die positive Entwicklung im Kreditgeschäft resultiert vor allem aus der Vergabe von Krediten an Unternehmen (+10,3 %) aber auch an Privatpersonen (+4,7 %). Zum einen dienten die Kredite der Finanzierung des Wohnungsbaus. Die Neuzusagen für Wohnungsbaukredite stiegen - auf bereits hohem Niveau - um +8,4 % auf 578,4 Mio. EUR (2017: 533,5 Mio. EUR). Zum anderen zeigte sich bei den Firmen- und Gewerbekunden weiterhin der Mut zu Investitionen, was zu einem Anstieg des Bestandes von Krediten an Unternehmen und Selbstständigen um 308,4 Mio. EUR (2017: 307,2 Mio. EUR) führte. Die Neuzusagen in diesem Segment lagen mit 703,2 Mio. EUR jedoch deutlich unter dem hohen Wert des Vorjahres (982,6 Mio. EUR).

Die Sparkasse Karlsruhe vermittelte im Jahr 2018 zinsgünstige Darlehen aus öffentlichen Förderprogrammen in Höhe von 32,8 Mio. EUR (2017: 29,5 Mio. EUR) an Existenzgründer und Unternehmen sowie in Höhe von 39,1 Mio. EUR (2017: 43,9 Mio. EUR) an Privatpersonen.

In 2018 hat die Sparkasse Karlsruhe insgesamt 43 Gründer (2017: 40 Existenzgründer) auf dem Weg in die Selbstständigkeit begleitet. Das Finanzierungsvolumen betrug hierbei 4,6 Mio. EUR (2017: 3,8 Mio. EUR). Es wurden insgesamt 174 Arbeitsplätze (2017: 201) geschaffen.

54% (2017: 51%) aller Existenzgründungsanfragen im Jahr 2018 wurden durch die Sparkasse begleitet. Die Anzahl der Gründungsvorhaben beinhaltet neben den reinen Neugründungen auch 19 Gründungsvorhaben in Form von Firmenübernahmen und Beteiligungen (2017: 19).

Forderungen an Kreditinstitute

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute um 8,6 Mio. EUR bzw. 7,8 % auf 100,8 Mio. EUR bewegt sich im üblichen Rahmen unserer täglichen Disposition der Geschäftsguthaben.

Wertpapiervermögen (Eigenanlagen)

Das Wertpapiervermögen wurde gegenüber dem Vorjahr um 4,0 Mio. EUR bzw. 0,2 % auf 1.731,4 Mio. EUR marginal erhöht. Es dient vor allem der Liquiditätsreserve und setzt sich insbesondere aus verzinslichen Wertpapieren erstklassiger Adressen zusammen, die teilweise über Fondsanteile gehalten werden.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2018 verblieb das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen unverändert bei 82,8 Mio. EUR.

2.2.3 Passivgeschäft

Mittelaufkommen von Kunden

Das Mittelaufkommen von Kunden (einschließlich verbriefter Verbindlichkeiten) beläuft sich zum Jahresende 2018 auf 6.299,8 Mio. EUR und liegt entgegen unserer Prognose um 5,7 % (341,5 Mio. EUR) über dem Vorjahreswert. Das Wachstum liegt leicht über dem Durchschnitt aller baden-württembergischen Sparkassen von 5,4 %.

Aufgrund der weiter anhaltenden Niedrigzinsphase befinden sich die Einlagenzinsen auf historischen Tiefstständen. Dennoch entwickelten sich die Einlagen der Privatkunden positiv. Sie legten um +245,1 Mio. EUR oder + 5,1 % auf 5.013,4 Mio. EUR zu. Bei der Geldanlage stand nach wie vor die Sicherheit und Verfügbarkeit im Vordergrund. Infolgedessen erhöhten sich auch die Einlagen von Unternehmen um +61,2 Mio. EUR (Vorjahr: -28,7 Mio. EUR).

Vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung sowie dem weiterhin niedrigen Zinsniveau, bevorzugten unsere Kunden liquide Anlageformen. Diese Tendenz drückt sich im Bestand der täglich fälligen Einlagen aus, die um 10,3 % auf ein Volumen von 3.905,0 Mio. EUR anstiegen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zeigten eine kräftige Zunahme um 170,3 Mio. EUR bzw. +16,0 % auf 1.236,9 Mio. EUR (Vorjahr 1.066,6 Mio. EUR).

Das anhaltend niedrige Zinsniveau in Verbindung mit der LCR-Steuerung führte dazu, die kurzfristigen Refinanzierungen im Termingeldbereich auszubauen. Darüber hinaus wurden auch langfristige Refinanzierungen angesichts des niedrigen Zinsniveaus aufgenommen.

2.2.4 Dienstleistungen

Das Dienstleistungsgeschäft der Sparkasse entwickelte sich zufriedenstellend.

Das Wertpapiergeschäft ist, trotz regulatorischer Anpassungen (MiFID II) und zum Ende des Jahres hin schwächeren Kapitalmärkten, in 2018 positiv verlaufen. Zwar reduzierten sich die Wertpapierumsätze (Käufe und Verkäufe) insgesamt um 12,9 % (2017: -6,0 %), die Wertpapierersparnisbildung betrug jedoch sehr gute +108,1 Mio. EUR (2017: +64,3 Mio. EUR).

Der Immobilienmarkt in unserer Region zeigt sich stabil. Die Preise in 2018, insbesondere für Bauflächen, sind weiter gestiegen. Die Zahl der Verkäufe stagniert aufgrund des begrenzten Angebots. Der Objektumsatz ging von rund 85 Mio. EUR auf 78,2 Mio. EUR zurück. Die Stückzahl der vermittelten Objekte reduzierte sich ebenfalls von 305 auf 279 Objekte.

Das Neugeschäft mit der Landesbausparkasse (LBS-Südwest) verlief erfreulich. Das Volumen der neu abgeschlossenen Bausparverträge betrug 243,6 Mio. EUR (Vorjahr: 204,3 Mio. EUR) und erhöhte sich damit um +39,3 Mio. EUR oder +19,2 %. Im Vergleich aller baden-württembergischen Sparkassen belegen wir damit den dritten Platz.

Das Neugeschäft mit der Deutschen Leasing war 2018 rückläufig. Das Gesamtvolumen aller Leasingverträge belief sich auf 25,2 Mio. EUR (2017: 69,6 Mio. EUR).

Die S-VersicherungsAgentur GmbH vermittelte im Jahr 2018 ein Lebensversicherungsvolumen an die SV Sparkassenversicherung von 40,5 Mio. EUR (2017: 39,6 Mio. EUR). Im Sachversicherungsbe-
reich wurden Neuabschlüsse mit einem Jahresbeitragsvolumen von 1,2 Mio. EUR (Vorjahr: 1,1 Mio. EUR) getätigt. Bei den neu vermittelten Krankenversicherungen belaufen sich die Monatsbeiträge auf insgesamt 20,9 TEUR (Vorjahr 28,9 TEUR).

Die Zusammenarbeit mit der S-Kreditpartner GmbH, dem Spezialisten für Auto- und Privatkredite der S-Finanzgruppe, konnte im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr intensiviert werden. Das neu abgeschlossene Kreditvolumen von bisher 24,2 Mio. EUR p. a. wurde auf 35,0 Mio. EUR im Jahr 2018 gesteigert. Mit diesem Ergebnis erreichten wir den 3. Platz im baden-württembergischen Vergleich.

2.2.5 Derivate

Derivate dienen überwiegend der Steuerung des Zinsänderungsrisikos der eigenen Positionen bzw. der Erwerbsvorbereitung hochliquider Wertpapiere und nicht spekulativen Zwecken. Aus taktischen Gesichtspunkten wurden außerdem Handelsgeschäfte im Rahmen der definierten Limite getätigt. Eine Übersicht zum Jahresende, wie sich die Kontrakte nach Art und Umfang sowie nach Fristigkeiten gliedern, ist dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

2.2.6 Eigenhandel

Die Eigenanlagen summierten sich auf 1.731,4 Mio. EUR. Es erfolgte ein risikoorientierter Abbau ungedeckter Bankanleihen, auch vor dem Hintergrund, dass diese ihren Status als EZB-fähige Anleihen zum Jahresende abgeben mussten. Bei der Entscheidungsfindung zur Investition von fälligen Anleihen bzw. zur Anlage der Liquidität hatten - neben dem anhaltend niedrigen Zinsniveau sowie der Risiko-Ertrags-Betrachtung - insbesondere die Vorschriften bezüglich der Liquiditätskennzahl LCR (liquidity coverage ratio) und die veränderten Haftungsregelungen bei Banken im Insolvenzfall wesentlichen Einfluss.

2.2.7 Wesentliche Baumaßnahmen und technische Veränderungen

Für das neue Finanzdienstleistungszentrum Blankenloch soll noch im Jahr 2019 mit den Bauarbeiten begonnen werden. Die Fertigstellung ist bis Ende 2020 geplant.

Das Projekt für die Renovierung und Sanierung der Tiefgarage Ettlingen wurde in 2018 gemeinsam mit der Stadt Ettlingen und den Fachplanern bis zur Ausschreibungsreife vorangetrieben. Parallel dazu wird durch die Stadt ein neuer Pflasterbelag aufgebracht. Diese Arbeiten werden voraussichtlich nicht vor 2020 starten.

Auch die Planungen für die Renovierung des Filialgebäudes Ettlingen Marktplatz sind angelaufen. Wesentliche Ziele sind die Umsetzung eines neuen Filialauftrittes, die Umwandlung bestehender Leerflächen in einzeln zu vermietende Nutzungseinheiten und die energetische Sanierung des Gebäudes. Nach intensiven Planungen in 2019 sollen die Baumaßnahmen voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2020 starten.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.3.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Sparkasse ist zum Bilanzstichtag durch überdurchschnittliche Anteile beim Mittelaufkommen von Kunden und dem Kundenkreditvolumen gekennzeichnet. Demgegenüber liegen unsere eigenen Wertpapier- und Vermögensanlagen im Vergleich unter dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen. Darunter sind auch Anleihen (überwiegend Pfandbriefe) von Emittenten aus wirtschaftlich schwächeren Staaten des Euro-Raums. Die Forderungen an Kreditinstitute sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips erfolgte die Bewertung des gesamten Wertpapierbestands. In unserem Wertpapierbestand sind durch die vorsichtigen Bewertungsgrundsätze beachtliche Kursreserven enthalten.

Den bestehenden bilanziellen Risiken wurde durch Wertberichtigungen und Rückstellungen in ausreichendem Maße Rechnung getragen. Außerdem haben wir gemäß § 340f HGB zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die Vermögenslage des Jahres 2018 wurde durch den ausgewiesenen Bilanzgewinn und die vorgesehene Zuführung zur Sicherheitsrücklage in Höhe von 8,4 Mio. EUR und zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 39,3 Mio. EUR wesentlich positiv beeinflusst. Nach Feststellung der Bilanz wird sich das Eigenkapital auf 394,6 Mio. EUR und der für allgemeine Bankrisiken gebildete Fonds nach § 340g HGB auf 456,0 Mio. EUR erhöhen, dies entspricht in der Summe einer Steigerung von 5,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Eigenmittelanforderungen wurden auch unter Berücksichtigung des Kapitalerhaltungspuffers im Jahresablauf jederzeit eingehalten. Die Gesamtkapitalquote (Relation der Eigenmittel zum Gesamtrisikobetrag, insbesondere bestehend aus Kreditrisiken, Marktrisiken und operationellen Risiken) belief sich zum 31.12.2018 auf 16,14 % (Vorjahr: 15,55 %). Die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote liegen bei jeweils 14,61 % (Vorjahr: 14,11 %). Damit erfüllt die Sparkasse zum Bilanzstichtag jeweils die gesetzlichen Anforderungen an die harte Kernkapitalquote (6,375 %), die Kernkapitalquote (7,875 %) und die Gesamtkapitalquote (9,875 %) - jeweils unter Berücksichtigung des gemäß § 10c KWG aus hartem Kernkapital zusätzlich vorzuhaltenden Kapitalerhaltungspuffers. Auch der durch die BaFin mit SREP-Bescheid festgelegte Kapitalzuschlag für Zinsänderungsrisiken wurde eingehalten.

Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse über eine solide Eigenmittelbasis. Auf Grundlage unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2021 ist weiterhin eine solide Kapitalbasis für die geplante zukünftige Geschäftsausweitung und die Erreichung unserer Geschäftsziele vorhanden. Die steigenden Eigenmittelanforderungen nach Basel III erfüllen wir bereits heute.

2.3.2 Finanzlage

Im Berichtszeitraum hatte die Sparkasse einen uneingeschränkten Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Das Liquiditätsmanagement der Sparkasse liegt in der Verantwortung der Abteilung Treasury. Die Steuerung der täglichen Zahlungszu- und -abflüsse, die Planung der erwarteten Zahlungsströme und die Steuerung des Zugangs zur Deutschen Bundesbank ist Aufgabe des operativen Liquiditätsmanagements. Ergänzend verantwortet die Abteilung den Zugang zu den Refinanzierungsquellen im Geld- und Kapitalmarkt sowie das Management des Liquiditätsportfolios.

Die Steuerung liquiditätsrelevanter Aktiva und Passiva im Rahmen gesetzter Limite erfolgt innerhalb des strategischen Liquiditätsmanagements. Zur Überwachung unserer Zahlungsbereitschaft bedienen wir uns kurz- und mittelfristiger Finanzpläne, die - nach Monaten gestaffelt - die fälligen Geldanlagen und -aufnahmen sowie die statistisch aus der Vergangenheit entwickelten Prognosewerte des Kundengeschäfts enthalten. Der Prognosezeitraum der Finanzplanung beginnt am 1. Januar des Geschäftsjahres und endet zum Jahresultimo des darauffolgenden Jahres.

Die zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit eines Instituts über einen Betrachtungshorizont von 30 Kalendertagen zu erfüllende Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) von mindestens 100 % hat die Sparkasse in 2018 jederzeit eingehalten, mit Werten von 105,68 % bis 161,41 % und zum 31. Dezember 2018 mit 157,46 %.

Bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) bestehen Kredit- bzw. Dispositionslinien. Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben wurde in der erforderlichen Höhe bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Die Zahlungsbereitschaft ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gesichert. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.

2.3.3 Ertragslage

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage auf Basis der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse:

	Ergebnis		Veränderungen		
	01.01. - 31.12.2018	01.01. - 31.12.2017	2018	2018	2017
GuV	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%	%
Zinsüberschuss (inkl. GuV-Positionen 3, 4 und 17)	150,3	153,0	-2,7	-1,8	-6,4
Provisionsüberschuss	37,3	37,5	-0,2	-0,5	8,7
Verwaltungsaufwand	114,1	114,7	-0,6	-0,5	-3,7
Nettoergebnis aus Finanz- geschäften	0,0	-0,1	0,1	-100,0	-200,0
Sonstige ordentliche Erträge und Aufwendungen	-0,2	1,4	-1,6	-114,3	-108,9
Ergebnis vor Bewertung	73,3	77,1	-3,8	-4,9	22,2
Bewertungsergebnis	-48,7	-70,1	21,4	-30,5	-445,3
Ergebnis nach Bewertung	24,6	7,0	17,6	251,4	-91,6
Auflösung Sonderposten mit Rücklageanteil	0,0	0,0	0,0	-,-	-,-
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-,-	-,-
Steuern	-16,2	1,0	-17,2	-1720,0	-101,3
Jahresüberschuss und Bilanzgewinn	8,4	8,0	0,4	5,0	3,9

Der Zinsüberschuss ist unserer Prognose entsprechend gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Mio. EUR zurückgegangen. Er ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle unseres Geschäfts und wurde insbesondere durch die anhaltende Niedrigzinsphase negativ beeinflusst.

Der Provisionsüberschuss verblieb mit einem nur geringen Rückgang von 0,2 Mio. EUR auf 37,3 Mio. EUR nahezu konstant. Damit konnten wir erwartungsgemäß das gute Ergebnis des Vorjahres bestätigen.

Wie prognostiziert, liegt der Verwaltungsaufwand aufgrund von Kosteneinsparungen mit 114,1 Mio. EUR unter dem Vorjahresniveau (114,7 Mio. EUR) und sinkt auf 1,39 % der DBS (Vorjahr: 1,54 % der DBS). Der Personalaufwand stieg gegenüber 2017 um 0,9 Mio. EUR auf 76,5 Mio. EUR. Ursächlich hierfür waren die tariflichen Erhöhungen ab 01.03.2018 um durchschnittlich 3,19 % mit einer Aufwandserhöhung in 2018 von 1,8 Mio. EUR und die daraus folgenden erhöhten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen. Erfreulich war der Rückgang beim Sachaufwand um 3,8 %.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung reduzierte sich unserer Prognose entsprechend um 3,8 Mio. EUR auf 73,3 Mio. EUR. Das Bewertungsergebnis für Kredite weist einen im langjährigen Vergleich niedrigen Betrag aus. Anders als in den Vorjahren überstiegen die Neubildungen aber erstmals wieder die Auflösungen.

Nach Vornahme aller notwendigen Bewertungsmaßnahmen weisen wir in der Gewinn- und Verlustrechnung ein im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheres Ergebnis nach Bewertung aus. Darin schlagen sich die insgesamt geringeren Zuführungen zu den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB zur Risikoversorge sowie zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB nieder. Letztere ist dem bankenaufsichtsrechtlichen Kernkapital zuzuordnen.

Der Steueraufwand im Jahr 2017 war infolge von Auswirkungen, die auf einer zurückliegenden Steuerprüfung basieren, atypisch, da diese Sondereffekte zu einer Steuergutschrift führten. Für das Geschäftsjahr 2018 ist ein Steueraufwand von 16,2 Mio. EUR auszuweisen.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 8,4 Mio. EUR lag 5,0 % über dem Vorjahr.

Der gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offen zu legende Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt unverändert 0,1 % (Vorjahr: 0,1 %).

Zur weiteren Analyse der Ertragslage unseres Hauses setzen wir für interne Zwecke den sogenannten „Betriebsvergleich“ der Sparkassenorganisation ein, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur DBS erfolgt.

Die Ertragskennziffern in % der DBS (nach Betriebsvergleich) stellen sich wie folgt dar:

	Sparkasse in % der DBS		Gruppendurchschnitt in % der DBS	
	2018	2017	2018	2017
Ordentliche Erträge, darunter:				
- Zinsüberschuss	2,38	2,54	2,32	2,42
- Provisionsüberschuss	1,77	1,90	1,72	1,79
- sonstige ordentliche Erträge	0,06	0,06	0,04	0,04
Verwaltungsaufwand	1,39	1,54	1,44	1,50
Nettoertrag des Handelsbestands	0,00	0,00	0,00	0,00
Betriebsergebnis vor Bewertung ¹	0,99	1,00	0,89	0,92
Betriebsergebnis nach Bewertung	0,88	1,09	0,83	1,01

¹) Betriebsergebnis vor Bewertung gemäß der Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen) in % der Durchschnittsbilanzsumme gemäß Betriebsvergleich

Unser wichtigster finanzieller Leistungsindikator, das nach dem Betriebsvergleich errechnete Betriebsergebnis vor Bewertung, ist, auch im Vergleich mit den baden-württembergischen Sparkassen ähnlicher Größenordnung, als überdurchschnittlich zu bezeichnen. Es liegt mit 0,99 % über dem Gruppendurchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen ähnlicher Größenordnung (0,89 %). Erfreulich ist, dass wir im Jahr 2018 im Vergleich zu den Vorjahren auch beim Verwaltungsaufwand ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen konnten.

Nach Berücksichtigung aller Bewertungsmaßnahmen erreichen wir ein zufriedenstellendes Betriebsergebnis nach Bewertung, das ebenfalls über dem Gruppendurchschnitt liegt.

3 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2018 haben sich nicht ergeben.

4 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

4.1 Risikobericht

4.1.1 Risikomanagementsystem

Die vielschichtigen Geschäftsfelder der Kreditinstitute erfordern eine verantwortungsvolle Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unter Berücksichtigung eines risiko- und ertragsadäquaten Einsatzes des Eigenkapitals.

Der Vorstand hat eine Geschäftsstrategie und eine hierzu konsistente Risikostrategie festgelegt sowie ein Risikomanagement-System installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung sowie der Kommunikation der Risiken unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen dient. Dies findet seine quantifizierte Entsprechung in dem ebenfalls vom Vorstand beschlossenen, zur Risikoabdeckung bereitgestellten Risikodeckungspotenzial sowie dessen Verteilung auf die einzelnen wesentlichen Risikoarten.

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (= MaRisk) werden beachtet.

Risikostrategie

Die Risikostrategie umfasst - unter Berücksichtigung der in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Planungen der wesentlichen Geschäftsaktivitäten - die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Risiken und Auslagerungen sowie bestehende Risiko- und Ertragskonzentrationen.

Im Rahmen unseres Strategieprozesses wird die Risikostrategie regelmäßig (mindestens jährlich) überprüft.

Die eingegangenen Risiken entsprechen unseren Kerngeschäften.

Im Rahmen der Risikoinventur für das Geschäftsjahr 2019 haben wir die folgenden Risiken als wesentliche Risiken für unser Haus eingestuft:

- Adressenausfallrisiken in Kundenkredit- und Eigengeschäften (einschl. dem Bonitätsrisiko ausländischer Emittenten bzw. Emissionen) und aus Beteiligungen,
- Marktpreisrisiken (hier vor allem das Zinsänderungsrisiko sowie das Bewertungsrisiko im Wertpapiergeschäft),
- Liquiditätsrisiken und
- operationelle Risiken.

Der Ermittlung der periodischen Risikotragfähigkeit liegt ein Going-Concern-Ansatz zugrunde, der sicherstellt, dass auch bei Verlust des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials die bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen erfüllt werden können.

Die Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos erfolgt mit einem Konfidenzniveau von 95%. Es werden die erwarteten und unerwarteten Verluste berücksichtigt; die Sichtweise ist auf das Ende des Geschäftsjahres ausgerichtet. Um die Risikotragfähigkeit auch über den Bilanzstichtag hinaus sicherzustellen, beziehen wir neben dem laufenden Jahr spätestens ab dem 30.06. auch das Folgejahr ein. Hierfür wird vom Vorstand ein Risikodeckungspotenzial für das Folgejahr bereitgestellt. Die Risikotragfähigkeit ist dann gegeben, wenn sie in beiden Jahren eingehalten ist.

Auf Basis der vom Vorstand festgelegten Prämissen werden die zur Deckung von Verlusten vorhandenen Risikodeckungsmassen ermittelt, die die Grundlage für das Limitsystem bilden. Wesentliche Bestandteile des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials sind unter anderem das geplante Betriebsergebnis des laufenden Jahres nach Bewertung und nach Steuern sowie Teile der Vorsorgereserven nach §§ 340f und 340g HGB.

Die Risikotragfähigkeit wird mindestens vierteljährlich ermittelt. In dem Prozess werden auch die identifizierten Risikokonzentrationen ausreichend beachtet.

Unterjährig war immer gewährleistet, dass die Risiken durch die Gesamtlimitierungen abgedeckt waren. Zum 31.12.2018 betrug das Gesamtbanklimit für ein Jahr 366 Mio. EUR.

Die zuständigen Bereiche des Hauses steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Die der Risikotragfähigkeit zugrunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft.

Stresstests

Für alle wesentlichen Risiken werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Das Szenario „Schwerer konjunktureller Abschwung“ bildet alle wesentlichen Risiken gemeinsam ab. Dieser Stresstest beinhaltet u. a. regionale und überregionale Verschlechterungen der wirtschaftlichen Lage, die Niedrigzinsphase und den Preisverfall bei Grundstücken und Gebäuden.

Auch die Stresstests zeigen derzeit keinen zusätzlichen Handlungsbedarf bei der Risikoabsicherung auf.

Kapitalplanung

Um einen etwaigen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, haben wir einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2021 eingerichtet. Dabei wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen. Neben einem Basisszenario werden auch adverse Szenarien - wie z. B. Wegfall der Realkreditprivilegierung, Abzug des erwarteten Verlustes aus dem Kreditgeschäft etc. - simuliert.

Für den im Rahmen der Kapitalplanung per 31.12.2018 betrachteten Zeitraum können die Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei adversen Entwicklungen vollständig eingehalten werden. Es besteht ausreichendes internes Kapital, um die Risikotragfähigkeit im Betrachtungszeitraum unter Going-Concern-Aspekten sicherstellen zu können.

Phasen des Risikomanagementprozesses

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen dienen die Einrichtung von Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen sowie insbesondere die Tätigkeit der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Das Risikomanagement, das aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen getrennt ist, hat die Aufgabe die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und zu berichten.

Dem Risikomanagement obliegt die Methodenauswahl, die regelmäßige Überprüfung und Validierung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren, die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet das Risikomanagement die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten. Es unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt.

Die für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird im Wesentlichen durch die Mitarbeiter des Risikomanagements wahrgenommen. Darüber hinaus sind weitere Bereiche in Teilaufgaben eingebunden. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt der Leiterin des Risikomanagements, die in ihrer Funktion dem Überwachungsvorstand unterstellt ist.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen **Produkten oder auf neuen Märkten** (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.

Berichterstattung

Auch die regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche über das Gesamtbankrisiko und die einzelnen Risikoarten ist Aufgabe des Risikomanagements. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen.

Im Rahmen seiner Sitzungen wird der Verwaltungsrat durch den Vorstand regelmäßig über die Risikosituation unseres Hauses auf Grundlage des vierteljährlichen Gesamthausrisikoberichts informiert; ein Risikoausschuss wurde nicht gebildet. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Intra- und Inter-Risikokonzentrationen

Den Konzentrationsrisiken wird in den Risikomanagementprozessen ausreichend Rechnung getragen und sie werden im Rahmen des Berichtswesens überwacht. Entsprechend ihrem Risikogehalt werden sie auch bei der Durchführung von Stresstests berücksichtigt. Der aus der Struktur der Sparkassenorganisation, der engen Einbindung in die S-Finanzgruppe und unserem Geschäftsmodell resultierende Einfluss auf die Risikostruktur, bspw. Risikokonzentrationen, ist bekannt und wird als systemimmanent akzeptiert.

Sowohl bei den Inter- sowie Intrakonzentrationen ergibt sich kein über die regelmäßigen Risikoprozesse hinausgehender Handlungsbedarf.

Risikodarstellung

Nachfolgend wird auf die Risiken eingegangen, die nicht schon bilanziell, durch Bewertungsmaßnahmen oder den Ansatz von Rückstellungen dargestellt wurden. Die Berechnungen basieren auf dem Risikobericht der Sparkasse zum Stichtag 31.12.2018.

Die Auslastung des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials zum 31.12.2018 betrug 1,86 % (Vorjahr: keine Auslastung). Zum Ende eines Jahres werden für das laufende Jahr - bis auf die Marktpreisrisiken und die Adressenrisiken aus dem Kundengeschäft (siehe dort) - nur noch die eingetretenen Verluste auf die Limite angerechnet. Die zum Jahresende für das Folgejahr prognostizierte Auslastung des verfügbaren Risikodeckungspotenzials beträgt 35,58 % (Vorjahr: 41,52 %).

4.1.2 Adressenausfallrisiken

Unter dem Adressenrisiko wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist.

Kundengeschäft

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Kundenkreditgeschäfts erfolgt entsprechend der strategischen Festlegungen unter besonderer Berücksichtigung der Portfoliostrukturen (Größenklassen, Sicherheiten, Bonitäten etc.) sowie der individuellen Risiken der einzelnen Engagements; u. a. mit Hilfe bonitätseinschätzender Risikoklassifizierungsverfahren.

Der Risikomanagementprozess umfasst u.a. folgende wesentliche Elemente:

- Die von den Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kreditinstituten geforderte Funktionstrennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) ist in unserem Haus bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands konsequent umgesetzt.
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldiensttragfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen.
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren), die auch Berücksichtigung in der Konditionengestaltung und kompetenzgerechten Genehmigung finden.
- Kreditvergabe nach Maßgabe eines differenzierten Kompetenzsystems.
- Interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen dienen zur Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio.
- Darüber hinaus bestehen noch weitere Richtwerte (Risikotoleranzen), um Risikokonzentrationen auf Teilportfolioebene (Kreditarten, Branchen etc.) aktiv begegnen zu können.
- Regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten.
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen im Rahmen einer Intensivbetreuung eingeleitet werden können.
- Festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Sanierungsbetreuung.
- Berechnung des Adressenausfallrisikos für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell "Credit Portfolio View". Die Berechnung erfolgt im Rahmen einer Monte-Carlo-Simulation (statistisches Ausfallrisiko).
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting.

Nahezu 62,7 % (Vorjahr: 61,8 %) unseres gesamten Kundenkreditvolumens befindet sich im Investmentgrade-Bereich (gemäß S&P-Rating); davon wiederum mehr als die Hälfte (55,7 %) in der besten Ratingklasse. Im Bereich der Ratings ab „B+“ bis „C“ sind rund 8,9 % (Vorjahr: rund 9,5 %) unserer Kunden eingestuft. Vor dem Hintergrund der sich aus den Bonitätsbeurteilungssystemen ergebenden Erkenntnisse stufen wir unsere Risikolage aus dem Kreditgeschäft als tragbar ein.

Konzentrationen weisen wir u. a. bei den Immobilien und bei den Landesbanken auf. Im Bereich der Immobilien besteht die größte Konzentration aus der Grundpfandrechtlichen Absicherung der Darlehen. Bei den Landesbanken ist die Landesbank Baden-Württemberg der größte Konzentrationstreiber. Insgesamt sind diese Interkonzentrationen unserem Geschäftsmodell geschuldet und bekannt. Diese werden akzeptiert.

Die Forderungen zeigen eine sparkassentypische Verteilung auf die geographischen Hauptgebiete. Dabei befinden sich etwa 86,9 % (Vorjahr: 88,9 %) unserer Kundenforderungen (auf Basis Engagement; ohne Schuldscheindarlehen und ohne Verbundunternehmen) im bzw. im angrenzenden Geschäftsgebiet. Hierfür ist der Wohnsitz bzw. die Niederlassung des Schuldners oder des finanzierten bzw. zur Sicherheit hinterlegten Objekts maßgeblich.

Unser Kundenkreditportfolio weist ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen Krediten an Privatpersonen und an gewerbliche Kreditnehmer auf, wobei im gewerblichen Bereich ein leichtes Übergewicht (= 59,3 %, Vorjahr: 59,4 %) besteht. Die Branche Grundstücks- und Wohnungswesen stellt dabei mit Abstand den größten Anteil an unserem gesamten Kundenkreditportfolio dar (=18,2 %, Vorjahr: 16,8 %). Die nächst größere Branche ist die Dienstleistungsbranche.

Die Verteilung unseres Kundenkreditportfolios spiegelt sowohl die Struktur im Geschäftsgebiet als auch die Entwicklung einzelner Branchen aufgrund der derzeitigen konjunkturellen Lage wider. Die gewerblichen Kreditnehmer werden regelmäßig auf etwaige strukturelle Konzentrationen analysiert; bei Bedarf werden Maßnahmenvorschläge abgeleitet. Auf Gesamtportfolioebene ist eine Diversifikation durch die Verteilung auf Ebene der Wirtschaftszweige gegeben.

Mit einem Anteil von 40,8 % (Vorjahr: 42,4 %) kleinerer Engagements (bis zu 500 TEUR) weist unser Portfolio eine hinreichende Granularität auf. Entsprechend ihres Volumens unterliegen große Kredite unserem besonderen Augenmerk.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Diese Risiken werden mittels entsprechender Risikovorsorge abgeschirmt. Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgen für allgemeine Bankrisiken nach § 340f und § 340g HGB.

Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden per Antrag kompetenzgerecht entschieden. In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt.

Die Angemessenheit der Risikovorsorge und ein sich ggf. daraus ergebender Anpassungsbedarf werden kontinuierlich überwacht. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers oder bei Kreditrückführung erfolgt eine Auflösung der Risikovorsorge. Die Erfassung,

Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt bei der Sparkasse in einem zentralen System. Ergänzend werden die Risiken aus dem Mengenkreditgeschäft über eine pauschale Mengen-Einzelwertberichtigung abgesichert.

Die Entwicklung der Risikovorsorge zeigt keine auf das Gesamtportfolio bezogene negative Trendentwicklung auf.

Länderrisiken sind nicht von wesentlicher Bedeutung.

Zum 31.12.2018 bewegt sich die Risikostruktur unseres Kreditportfolios in tragbarem Rahmen. Etwaigen Konzentrationen wird bei unseren Risikoanalysen entsprechend begegnet.

Das Limit für die Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft der Sparkasse war zum Jahresende nicht ausgelastet (Vorjahr: nicht ausgelastet). Basis hierfür bildete das Bewertungsergebnis Kredit, erweitert um einen Risikoaufschlag für die Nachbetrachtungsperiode des Folgejahres. Hinsichtlich des eingetretenen Ergebnisses verweisen wir auch auf unsere Angabe bei der Ertragslage.

Die für das kommende Jahr über das Kreditportfoliomodell CPV quantifizierten prognostizierten Risiken (Value-at-Risk) - inklusive des unerwarteten Verlusts - bewegen sich nach den bisher gewonnenen Erkenntnissen im tragbaren Rahmen. Der Value-at-Risk beläuft sich auf 52,4 Mio. EUR (Vorjahr: 66,4 Mio. EUR); das hierfür vorgesehene Limit i. H. v. 65,0 Mio. EUR war mit 40,6 % (abzgl. bereits im Risikodeckungspotenzial berücksichtigtes Volumen) ausgelastet. Auch aufgrund dieser Werte gehen wir insgesamt von einer als moderat einzustufenden Risikosituation aus.

Eigengeschäft

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten und Anlageklassen sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst u.a. folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite).
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand von externen Ratingeinstufungen sowie eigenen Analysen.
- Portfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting.
- Berechnung des Adressenausfallrisiko für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell "Credit Portfolio View".

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 1.942,9 Mio. EUR.

Unser Portfolio ist zu 93,6 % in Zinspapieren investiert.

Unser Portfolio (Buchwerte) weist nachfolgende Ratingverteilung auf:

Externes Rating	AAA bis BBB- (Investment Grade)	BB+ bis B-	C bis D	ohne
		(Spekulative Grade)		
31.12.2018	96,2 %	3,8 %	0,0 %	0,0 %
31.12.2017	95,8 %	4,2 %	0,0 %	0,0 %
31.12.2016	90,3 %	9,7 %	0,0 %	0,0 %
31.12.2015	97,1 %	2,7 %	0,0 %	0,2 %
31.12.2014	94,2 %	3,4 %	0,0 %	2,4 %
31.12.2013	90,1 %	7,1 %	0,0 %	2,8 %

Der Rückgang im Segment spekulative Grade resultiert größtenteils aus Ratingverbesserungen von Emittenten (z. B. Republik Portugal). Die Risiken aus wirtschaftsschwachen Staaten /den Euro-Peripherie-Staaten haben sich reduziert; alle in unserem Bestand befindlichen Staaten sind dem Investmentgrade-Bereich zuzuordnen.

Im Bereich der Handelsgeschäfte kam es nicht zu Ausfällen aus Adressenrisiken.

Für ausländische Emittenten wird das individuelle Risiko des Emittenten bzw. der Emission berücksichtigt. In diesem ist dem Risiko des Herkunftslandes ausreichend Rechnung getragen. Zudem wird das Transferrisiko gemeinsam mit dem Kundenkreditgeschäft einer Wesentlichkeitsüberprüfung unterzogen. Dieses ist vor dem Hintergrund seiner geringen Größe als unwesentlich einzustufen.

Die Adressenausfallrisiken aus Eigengeschäften bewegten sich im gesamten Geschäftsjahr 2018 innerhalb der im Rahmen der Risikotragfähigkeit festgelegten Limite. Zum Jahresende 2018 war das Risikolimit für diese Risiken nicht ausgelastet (Vorjahr: nicht ausgelastet). Die Sparkasse geht von einer als günstig einzustufenden Risikosituation aus. Die für das kommende Jahr prognostizierten erwarteten und unerwarteten Risiken bewegen sich nach den bisher gewonnenen Erkenntnissen mit 9,0 Mio. EUR (Vorjahr: 18,7 Mio. EUR) ebenfalls im tragbaren Rahmen. Das hierfür vorgesehene Limit ist mit 29,9 % ausgelastet. Aufgrund einer granulareren Betrachtung der Publikums- und Immobilienfonds reduzierte sich das Risiko im Vergleich zum Vorjahr.

Bei den Eigenanlagen verzeichnen wir weiterhin eine Konzentration gegenüber Landesbanken. Die Konzentrationen resultieren aus unserer geschäftspolitischen Ausrichtung.

Beteiligungen

Die Gefahr eines finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen von Beteiligungen, unerwarteten Ertragseinbußen aus Ausschüttungen oder dem Risiko eines Nachschusses wird als Beteiligungsrisiko bezeichnet.

Die Steuerung der Beteiligungsrisiken erfolgt entsprechend unseren strategischen Festlegungen. Bei den Beteiligungen der Sparkasse handelt es sich vorwiegend um strategische Beteiligungen, insbesondere an Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe. Unter Renditegesichtspunkten bzw. zur Diversifizierung unserer Assetklassen werden operative Beteiligungen gehalten. Darüber hinaus beteiligen wir uns an regionalen Gesellschaften zum Zwecke der lokalen Wirtschafts- und Standortförderung.

Der Risikomanagementprozess umfasst u.a. folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg für die Verbundbeteiligungen.
- Ermittlung des Beteiligungsrisikos anhand von Expertenschätzungen.
- Neben der Risikoquantifizierung erfolgt zusätzlich eine regelmäßige qualitative Beurteilung der Unternehmensentwicklung, der strategischen Ausrichtung sowie der Marktstellung des jeweiligen Beteiligungsunternehmens.

Das Limit in der Risikotragfähigkeitsberechnung ist zum Jahresende nicht (Vorjahr: 0,0 Mio. EUR) ausgelastet. Am Jahresende werden die tatsächlich eingetretenen Risiken berücksichtigt. Das prognostizierte Risiko auf Jahressicht (per 31.12.2018) bewegt sich mit 16,3 Mio. EUR (Vorjahr: 16,6 Mio. EUR) mit 75,7% im Rahmen des zulässigen Limits.

Insgesamt betrachtet konzentriert sich das Beteiligungsrisiko der Sparkasse derzeit vor allem auf die großen Verbundbeteiligungen LBBW und SVB-Sparkassen-Versicherung Beteiligungs-GmbH. Weitere Informationen zu den Verbundbeteiligungen sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Wir stufen das Beteiligungsrisiko insgesamt als günstig ein.

4.1.3 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus den Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen der Zinssätze und Kurse sowie aus den hieraus resultierenden Preisänderungen der Derivate ergeben. Zusätzliche Risiken liegen in den Positionen, deren Marktgängigkeit begrenzt ist.

Bewertungsrisiken Handelsbuch und Anlagebuch

Die Marktpreisrisiken aus verzinslichen Positionen, Fondsinstrumenten, Aktien und Fremdwährungen werden regelmäßig mittels Szenarioanalyse ermittelt. Dabei wird eine Haltedauer bis zum Jahresende bzw. - bei Betrachtung des Folgejahres - von 250 Tagen zugrunde gelegt. Die Berechnung berücksichtigt sowohl das allgemeine Marktpreisrisiko als auch das besondere Kursrisiko in Form von Spreads.

Der Risikomanagementprozess umfasst darüber hinaus u.a. auch folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Immobilienfonds nach dem Benchmarkportfolioansatz.
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip bzw. Mapping auf Vergleichsfonds.
- Portfolioanalysen auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting.

Die Risiken aus der Volatilität der Märkte bewegen sich jederzeit in dem vom Vorstand vorgegebenen Rahmen. Darüber hinausgehende Risiken, die die Entwicklung unseres Hauses wesentlich beeinträchtigen könnten, sind derzeit nicht feststellbar.

Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

Die periodische Ermittlung, Überwachung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs erfolgt mittels der IT-Anwendung Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus durch Simulationsverfahren auf Basis verschiedener Risikoszenarien (Haltedauer bis zum Jahresende bzw. zum Ende des Folgejahres).

Dabei werden die Auswirkungen diverser aus der Historie abgeleiteter hypothetischer Zinsszenarien (up, down, short rate up, short rate down, steeper und flatter sowie eigene Zinseinschätzung) auf den prognostizierten Zinsüberschuss simuliert. Zum aktuellen Stand wird nicht davon ausgegangen, Negativzinsen im Mengengeschäft an private Kunden weiterzugeben.

Hierbei wird auch ein Margenrückgang berücksichtigt. Für Produkte mit unbefristeter Laufzeit- oder Zinsbindung werden Ablauffiktionen anhand einer Zukunftsanalyse hinterlegt. Das Risiko aus vorzeitigen Rückzahlungen auf der Aktiv- bzw. vorzeitigen Verfügungen auf der Passivseite ist ebenfalls Gegenstand der Risikobetrachtung.

Hinsichtlich der Zinsbindung liegt der Schwerpunkt aktivseitig auf den festverzinslichen Produkten, passivseitig auf den variabel verzinslichen Produkten.

Aufgrund unseres breit aufgestellten Geschäftsmodells sind wir sowohl auf Einzelproduktebene wie auch auf Kundengruppenebene hinreichend diversifiziert.

Die größte negative Auswirkung (Summe der Veränderung des Zinsüberschusses und des zinsinduzierten Bewertungsergebnis bis zum Jahresende) im Vergleich zum Planszenario zeigt das Szenario Up (=steigende Zinsen, da das Bewertungsergebnis im Eigengeschäft dominiert), welches daher auf die Risikotragfähigkeit angerechnet wird.

Die Berechnung des Zinsrisikokoeffizienten gemäß § 25a Abs. 2 KWG i. V. m. BaFin-Rundschreiben 09/2018 (Ermittlung der Auswirkung einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung um +/- 200 Basispunkte) erfolgt auf Basis des Cashflows. Bei dem für unser Haus relevanten Szenario von + 200 Basispunkten lag der Zinsrisikokoeffizient (= Verhältnis der negativen Barwertveränderung des Zinsbuchs zu den regulatorischen Eigenmitteln) zum Jahresende bei 30,96 % (Vorjahr: 31,86 %).

Es wird regelmäßig überprüft, ob bei Eintritt des unterstellten Risikoszenarios eine Rückstellung gemäß IDWRS BFA 3 n. F. zu bilden wäre. Auch die ungünstige Zinserwartung lässt einen über die im Jahresabschluss gebildete Rückstellung für drohende Verluste hinausgehenden Verpflichtungsüberschuss aus der Bewertung von zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuch) nicht erkennen.

Eingesetzte Sicherungsinstrumente

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken haben wir neben bilanzwirksamen Instrumenten auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps im Bestand. Hierzu verweisen wir auf die Angaben im Anhang. Daneben besteht seit 2014 ein Konzept zur Steuerung der Fristentransformation für einen Teilbereich der Aktivseite mit Fokus auf das langfristige Kreditgeschäft.

Die Zinsänderungsrisiken in Fremdwährung sind in unserem Haus aktuell nicht wesentlich. Für Devisentermingeschäfte mit Kunden wurden betrag-, währungs- und fristenkongruente Deckungsgeschäfte abgeschlossen.

Zum Jahresende 2018 war das Limit für Marktpreisrisiken aufgrund des Nachbetrachtungszeitraums insgesamt mit 28,2 Mio. EUR zu 15,6% ausgelastet. Das prognostizierte Risiko für 2019 (per 31.12.2018) beläuft sich auf 99,8 Mio. EUR (Vorjahr: 83,4 Mio. EUR); die Limitauslastung auf 47,5 %.

Die Marktpreisrisiken bewegten sich damit auch 2018 jederzeit innerhalb des Rahmens des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Auch bei den für das kommende Jahr auf Basis der oben dargestellten Berechnungen prognostizierten Risiken - inklusive des unerwarteten Verlusts - zeichnen sich nach den bisher gewonnenen Erkenntnissen keine außergewöhnlichen Risikopotenziale ab.

4.1.4 Liquiditätsrisiken

Als Liquiditätsrisiken betrachten wir das Risiko, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können sowie die Gefahr, im Falle unzureichender Marktliquidität in einzelnen Produkten nicht oder nicht zu erwarteten Konditionen kontrahieren zu können (Marktliquiditätsrisiko) sowie das Refinanzierungsrisiko, das die Gefahr repräsentiert, dass erforderliche Anschlussfinanzierungen bzw. zusätzliche Refinanzierungsmittel nicht oder nur zu ungünstigen Konditionen beschafft werden können.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst u. a. folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der Liquiditätsdeckungsquote gemäß Art. 412 CRR i. V. m. der delVO 2015/61.
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur.
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis der Survival Period (SVP), in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden.
- Tägliche Disposition der laufenden Konten.
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation.
- Ermittlung des Refinanzierungsrisikos durch die angenommene Verteuerung der Liquiditätsspreads (bonitäts- und marktgetrieben) einer Mittelaufnahme am Interbankenmarkt.

In die Analysen des Risikomanagements werden auch die Auswirkungen unplanmäßiger Entwicklungen wie z. B. Abzug von Kundeneinlagen, Kursverluste in der Liquiditätsreserve etc. einbezogen.

Die Depot A Bestände können zu großen Teilen kurzfristig veräußert werden. Es erfolgt eine laufende Überprüfung, inwieweit die Sparkasse in der Lage ist, einen Liquiditätsbedarf decken zu können. Handlungsalternativen für einen sich abzeichnenden Liquiditätsengpass sowie ein Notfallplan für einen tatsächlichen Liquiditätsengpass wurden definiert.

Das per 31.12.2018 für das Folgejahr auf das Limit angerechnete Refinanzierungsrisiko beläuft sich auf 5,5 Mio. EUR (Vorjahr: 6,0 Mio. EUR). Das Limit ist damit zu 36,6 % ausgelastet. Zum Jahresende 2018 werden nur eingetretene Verluste angerechnet. Hier kam es analog dem Vorjahr zu keiner Auslastung.

Wir bewerten das Liquiditätsrisiko aufgrund der aktuell günstigen Refinanzierungskosten, der geringen Liquiditätsspreads und des funktionierenden Liquiditätsverbunds als günstig. Liquiditätsengpässe sind auf Basis unserer sorgsamten Finanzplanung und nach unserer Einschätzung der Marktsi-

tuation derzeit nicht erkennbar. Insgesamt verfügt unser Haus weiterhin über eine gute Liquiditätsposition (siehe Abschnitt Finanzlage).

4.1.5 Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten können.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst u.a. folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige, mindestens jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der fokussierten Risikolandkarte.
- Regelmäßiger Einsatz einer Schadensfalldatenbank zur Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle.
- Regelmäßige Messung operationeller Risiken mit der IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“ auf der Grundlage der bei der Sparkasse sowie überregional eingetretener Schadensfälle.
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT.

Das Limit für die operationellen Risiken war zum Jahresende nicht ausgelastet (Vorjahr: nicht ausgelastet). Die für 2019 prognostizierte Risikoauslastung - inklusive des unerwarteten Verlusts beträgt 9,8 Mio. EUR (Vorjahr: 13,2 Mio. EUR) bei einer Limitauslastung von 67,9 % und ist damit im Vergleich zu den Adressen- und Marktpreisrisiken von eher geringerer Bedeutung. Durch die Einführung des OpRisk-Schätzverfahrens reduzierte sich das Risiko gegenüber dem Vorjahr.

Aufgrund ihrer Bedeutung stellen für uns die wesentlichen Auslagerungen Konzentrationsrisiken dar. Diese sind zum großen Teil strukturbedingt.

Durch den sorgsamen Umgang mit operationellen Risiken sehen wir nach derzeitiger Einschätzung in diesem Bereich keine erhöhte Gefahr, die die Entwicklung unserer Sparkasse wesentlich beeinträchtigen könnte.

4.1.6 Zusammenfassende Risikobeurteilung

Unser Haus verfügt über ein angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der genannten Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling werden die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert und die betreffenden Informationen den zuständigen Entscheidungsträgern vollständig und rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Der Vorstand erklärt gemäß Art. 435 (1) Buchstabe e) CRR, dass die eingerichteten Risikomanagementverfahren den gängigen Standards entsprechen und dem Risikoprofil und der Risikostrategie unseres Hauses angemessen sind. Dieser Risikobericht stellt die Risikoerklärung nach Art. 435 (1) Buchstabe f) CRR dar.

In der periodischen Sichtweise berücksichtigen wir neben dem laufenden Jahr spätestens ab dem 30.06. auch das Folgejahr. In 2018 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems im tragbaren Bereich. Das Gesamtbanklimit war am Bilanzstichtag mit

3,0 % für das laufende (Vorjahr: keine Auslastung) und mit 44,2 % (Vorjahr: 56,1 %) für das Folgejahr ausgelastet.

Die Risikotragfähigkeit der Sparkasse ist entsprechend der Risikotragfähigkeitsanalyse gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene maximale Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Die Risikokonzentrationen weisen die für Sparkassen typische Verteilung von Regionalinstituten aus und bewegen sich in einem angemessenen Rahmen.

Bezüglich der zum Jahresende bestehenden Vermögenssituation verweisen wir auf den Abschnitt Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Lageberichts. Darüber hinaus sind keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ersichtlich. Auch die Stresstests zeigen keinen zusätzlichen Handlungsbedarf bei der Risikoabsicherung auf.

Neben den geopolitischen Rahmenbedingungen wird auch in 2019 die Niedrigzinssituation die gesamte Finanzbranche weiter belasten. Erforderliche strukturelle Veränderungen sind in den Planungsrechnungen berücksichtigt. Zusätzlich steigen die regulatorischen Anforderungen an den Eigenmittelbedarf der Kreditinstitute weiter. Die von uns durchgeführte Kapitalplanung prognostiziert zwar eine Einengung der Reserven in der Risikotragfähigkeit, die Risikotragfähigkeit ist aber weiterhin gegeben.

4.2 Chancenbericht

Die Sparkasse nimmt Trends und Entwicklungen im Marktumfeld sukzessive auf, um sie zu analysieren und, bei einer positiven Einschätzung, erkannte Potenziale zu heben. Unser Chancenmanagementsystem ist in dem jährlich stattfindenden Planungs- und Strategiekreis integriert. Verantwortlich für die Planung sind die Führungskräfte der für die Geschäftspolitik relevanten Bereiche. In Abhängigkeit zum Anpassungsbedarf werden Empfehlungen des Planungs- und Strategiekreises in der Geschäftsstrategie aufgenommen. Die Strategieempfehlung wird jährlich fortgeschrieben.

Chancen auf eine Steigerung unserer Ertragskraft und damit eine weitere Stärkung der Eigenmittel sehen wir insbesondere in folgenden Bereichen:

- Das starke Bevölkerungswachstum und die hohe Kaufkraft in unserer Region bieten die Möglichkeit, unsere Marktdurchdringung zu erhöhen.
- Mit einer konsequenten Anwendung des ganzheitlichen Beratungsansatzes wollen wir die Kundenbindung verstärken.
- Weitere Chancen erwarten wir uns aus der Digitalisierung. Diese soll die Prozesse zunehmend vereinfachen und zur Effizienzverbesserung beitragen.
- Als Schlüsselthemen der kommenden Jahre sehen wir insbesondere die verstärkte Nutzung digitaler Vertriebskanäle. Geplant ist die Einführung eines digitalen Beratungszentrums, mit dem wir unsere Kunden bedarfsgerecht beraten und zielgerichtet ansprechen können.
- In einem weiteren Ausbau des Verbund- und Vermittlungsgeschäftes sehen wir die Möglichkeit die Ertragsbasis zu verbreitern.

Unsere ganzheitliche Beratung mit dem Sparkassen-Finanzkonzept sowie anlass- und zielgruppenorientierte Vertriebsmaßnahmen sind gute Voraussetzungen, um die Marktposition im Wertpapier-, Bau-, Versicherungs- und Immobiliengeschäft sowie im Aktiv- und Passivgeschäft zu erhalten.

Aufgrund der anhaltenden Stärkung unserer Eigenmittelbasis in den vergangenen Jahren sehen wir uns für die quantitativ und qualitativ zunehmenden Kapitalanforderungen gut gerüstet. Auf Basis unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2021 ist auch eine ausreichende Kapitalbasis für die Erreichung unserer Geschäftsziele vorhanden.

4.3 Prognosebericht

Die Prognosen stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, weisen wir darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse von den zur Zeit erwarteten abweichen können, sofern die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen. Eine verlässliche Prognose ist derzeit besonders schwierig, da Unwägbarkeiten in Bezug auf die bestehenden geopolitischen Risiken u.a. Brexit, die weitere Zinsentwicklung sowie die nach wie vor ungelöste Staatsschuldenkrise im Euro-Raum bestehen, die auch mit einer steigenden Volatilität an den Finanzmärkten einhergehen und auch die Konjunkturentwicklung bedrohen könnte. Darüber hinaus wird die Rentabilität der Bankenbranche nachhaltig durch die steigende Regulierung belastet.

4.3.1 Rahmenbedingungen für 2019

Schon die letzten Jahre waren die volkswirtschaftlichen Ausblicke immer mit umfangreichen Risikohinweisen versehen. Dies gilt auch weiter und für 2019 sogar in noch stärkerem Maße. Die Themen sind teils die gleichen geblieben, teils haben sie sich - wie der konkretisierte Handelskonflikt - verschärft, teils bleiben sie wie der ungelöste Brexit präsent, rücken zeitlich aber näher.

Und doch präsentiert sich die Situation Anfang 2019 zugespitzter als in den Vorjahren. Die recht hohen Aktienkursverluste in den letzten Monaten des Jahres 2018 an praktisch allen Börsenplätzen zeigen die gewachsene Sorge an den Märkten an, dass der lange zyklische Aufschwung der Weltwirtschaft vor einer Wende stehen könnte.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) veranschlagt in seinem Ausblick-Update vom 21. Januar 2019 das Wachstum der Weltwirtschaft 2019 mit 3,5 %. Das wäre zumindest ein gewisser Dynamikverlust gegenüber den Vorjahren, verbunden mit der Gefahr, dass es bei eskalierenden Risiken auch schlechter kommen kann.

Ähnlich argumentieren die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe in ihrer aktuellen Gemeinschaftsprognose für Deutschland. Das dort erarbeitete Haupt-Prognoseszenario zeigt eine Fortsetzung des Aufschwungs, wenngleich mit etwas verlangsamten Wachstumsraten. Zugleich wird das Rezessionsrisiko für den Prognosehorizont 2019 und 2020 mit immerhin 25 % beziffert. Das ist ein beachtlicher Wert und weit mehr als ein Randrisiko.

Insgesamt prognostizieren die Chefvolkswirte allerdings einen fortgesetzten, wenngleich etwas verlangsamten Aufschwung in Deutschland und im Euroraum. Für den Euroraum veranschlagen sie für 2019 1,5 % Wachstum, was etwa dem Potenzialpfad entspräche. Für Deutschland wird die für 2019 in Aussicht gestellte Wachstumsziffer mit 1,3 % eine Spur schwächer angegeben.

Mit Blick auf die Nachfragekomponenten, die das Wachstum 2019 tragen dürften, fällt das Bild ähnlich aus wie im Vorjahr. Vom Außenhandel ist kein Wachstumsbeitrag zu erwarten. Die Exporte sollten angesichts der Hemmnisse in der Weltwirtschaft nicht so stark wachsen wie die von der stärkeren Binnennachfrage getriebenen Importe.

Der Investitionstätigkeit wird 2019 weiter eine recht dynamische Expansion zugetraut. Sowohl die Bauten als auch die Ausrüstungen sollen überproportional zulegen. Auch beim staatlichen und privaten Konsum wird 2019 ein wieder etwas kräftigeres Wachstum als 2018 veranschlagt.

Die privaten Konsumausgaben sind jedenfalls von der guten Arbeitsmarktlage solide unterfüttert. Die Chefvolkswirte erwarten 2019 einmal mehr neue Rekordwerte bei der Zahl der Erwerbstätigen bzw. weitere Rückgänge der Arbeitslosenquote.

Die Perspektiven für die Preisentwicklung sind dagegen noch verhaltener. Für 2019 erwartet die Gemeinschaftsprognose bei den Verbraucherpreisen eine Rate von 1,7 % bzw. eine etwas schwächere Entwicklung mit 1,4 % bei der Kernrate unter Ausblendung der volatileren Energie- und Lebensmittelpreise. Somit bleiben zumindest die Gesamt-Raten doch in der Nähe des Ziels der Europäischen Zentralbank von „unter, aber nahe bei zwei Prozent“.

Ein Abschmelzen des angesammelten Anleiheportfolios ist 2019 und wohl auch noch geraume Zeit darüber hinaus nicht zu erwarten. Aber ein erster Leitzinsschritt (bei der Einlagefazilität weg von den -0,4 %) wäre 2019 wünschenswert, um dann im Laufe des Jahres 2020 zumindest das Negativzinsumfeld zu überwinden.

4.3.2 Voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse Karlsruhe in 2019

Wir erwarteten im Rahmen unserer Planung für das Jahr 2019 keine nennenswerten Veränderungen des Zinsniveaus. Die Zinssätze werden unseres Erachtens voraussichtlich auf historisch niedrigem Niveau bleiben, so dass bei sich gleichzeitig verstärkendem Wettbewerb in der Kreditwirtschaft das Betriebsergebnis vor Bewertung weiter unter Druck bleiben wird.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Rahmenbedingungen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2019 eine weitere leichte Absenkung der Ertragslage.

Nachfolgend stellen wir unsere Prognosen für die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für das Geschäftsjahr 2019 dar:

Wir erwarten bezüglich der Forderungen an Kunden auf Basis der prognostizierten Jahresendbestände insgesamt ein moderates Wachstum, das bei den Unternehmen in erster Linie durch die Nachfrage nach Kreditmitteln für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen getragen werden wird. Bei den Privathaushalten steht die Wohnbaufinanzierung im Vordergrund.

Beim Mittelaufkommen von Kunden erwarten wir auf Grundlage der prognostizierten Jahresendbestände eine leichte Zunahme.

In Folge rückläufiger Margen gehen wir von einem weiterhin rückläufigen Zinsüberschuss aus dem Kundengeschäft aus, gleichzeitig aber von einem stabilen Provisionsergebnis sowie einem stabilen Verwaltungsaufwand. Für das Betriebsergebnis vor Bewertung in % der DBS (gemäß der Abgrenzung des Betriebsvergleichs bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen) erwarten wir deshalb bei leicht steigender DBS einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr.

Gesamtaussage

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2019 beurteilen wir unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren noch positiv. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtsrechtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2018



der
Sitz

Sparkasse Karlsruhe
Karlsruhe

eingetragen beim
Amtsgericht
Handelsregister-Nr.

Mannheim
HRA104513

	EUR	EUR	EUR	31.12.2017 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		52.125.685,05		46.587
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		230.920.595,48		97.048
			283.046.280,53	143.635
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		31.214.389,51		35.022
b) andere Forderungen		69.591.247,70		74.366
			100.805.637,21	109.388
4. Forderungen an Kunden			6.128.684.204,41	5.706.391
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	3.126.005.290,23	EUR		(2.897.500)
Kommunalkredite	160.948.292,88	EUR		(137.502)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		458.568.399,84		444.699
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	458.568.399,84	EUR		(444.699)
bb) von anderen Emittenten		721.244.946,22		765.259
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	685.240.395,67	EUR		(751.505)
			1.179.813.346,06	1.209.958
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			1.179.813.346,06	1.209.958
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
6a. Handelsbestand			551.622.053,36	517.424
			0,00	0
7. Beteiligungen			81.956.142,12	81.956
darunter:				
an Kreditinstituten	23.491.056,74	EUR		(23.491)
an Finanzdienstleistungsinstituten	9.792.870,61	EUR		(9.793)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			844.700,00	845
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			2.784.727,60	3.264
darunter:				
Treuhandkredite	2.784.727,60	EUR		(3.264)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		700.305,81		193
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			700.305,81	193
12. Sachanlagen			107.419.834,05	109.935
13. Sonstige Vermögensgegenstände			44.885.218,19	48.433
14. Rechnungsabgrenzungsposten			342.939,79	284
Summe der Aktiva			8.482.905.389,13	7.931.707

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2017 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		67.070.914,10		8.553
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.169.845.715,72</u>		<u>1.058.052</u>
			1.236.916.629,82	<u>1.066.604</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.145.852.207,75			1.122.797
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>1.097.377.982,36</u>			<u>1.215.165</u>
		2.243.230.190,11		<u>2.337.962</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	3.904.980.452,92			3.539.323
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>124.483.397,76</u>			<u>55.872</u>
		4.029.463.850,68		<u>3.595.195</u>
			6.272.694.040,79	<u>5.933.157</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			2.784.727,60	3.264
darunter:				
Treuhandkredite	2.784.727,60 EUR			(3.264)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			14.525.209,50	5.879
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>1.372.038,90</u>	<u>1.669</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		42.420.700,00		39.416
b) Steuerrückstellungen		<u>193.700,00</u>		<u>13.217</u>
c) andere Rückstellungen		<u>34.301.152,87</u>		<u>40.419</u>
			76.915.552,87	<u>93.053</u>
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			27.100.746,72	25.189
10. Genusrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			456.000.400,00	416.700
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	400,00 EUR			(0)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	386.191.160,13			378.228
		386.191.160,13		<u>378.228</u>
d) Bilanzgewinn		<u>8.404.882,80</u>		<u>7.963</u>
			394.596.042,93	<u>386.191</u>
Summe der Passiva			8.482.905.389,13	7.931.707
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>151.973.153,04</u>		<u>162.974</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			151.973.153,04	<u>162.974</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>717.913.266,95</u>		<u>981.611</u>
			717.913.266,95	<u>981.611</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2017 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		154.157.285,29		155.459
abgesetzte negative Zinsen	173.016,25 EUR			(61)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen		16.083.827,87		18.716
abgesetzte negative Zinsen	0,00 EUR			(8)
		170.241.113,16		174.175
2. Zinsaufwendungen		37.313.680,21		42.661
abgesetzte positive Zinsen	1.982.072,17 EUR			(1.075)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	3.979.349,09 EUR			(3.473)
			132.927.432,95	131.514
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		10.750.686,31		14.058
b) Beteiligungen		4.380.817,97		5.106
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		2.228.088,07		2.289
			17.359.592,35	21.453
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		42.650.261,71		41.772
6. Provisionsaufwendungen		5.390.891,15		4.308
			37.259.370,56	37.464
7. Nettoertrag des Handelsbestands (i.Vj. Nettoaufwand)			3.317,40	74
darunter: Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	400,00 EUR			(13)
8. Sonstige betriebliche Erträge			12.441.333,97	17.553
aus der Fremdwährungsumrechnung	407.453,91 EUR			(539)
9. (weggefallen)				
			199.991.047,23	207.909
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		57.983.394,06		58.462
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		18.484.230,96		17.180
darunter: für Altersversorgung	7.324.480,05 EUR			(6.038)
		76.467.625,02		75.642
b) andere Verwaltungsaufwendungen		37.647.551,23		39.069
			114.115.176,25	114.712
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			7.064.389,53	7.283
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			5.574.989,35	8.897
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		9.323.302,28		13.355
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
			9.323.302,28	13.355
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0,00		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			0,00	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			7.759,81	14
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			39.300.000,00	56.700
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			24.605.430,01	6.949
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (i.Vj. Erstattete Steuern)		15.853.344,13		1.326
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		347.203,08		312
			16.200.547,21	1.014
25. Jahresüberschuss			8.404.882,80	7.963
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			8.404.882,80	7.963
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			8.404.882,80	7.963
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			8.404.882,80	7.963

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparkasse Karlsruhe hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Bei Konsolidierung der Mehrheitsbeteiligungen der Sparkasse würden die einzelnen Positionen des Konzernabschlusses gegenüber den Werten des Jahresabschlusses nur unwesentlich abweichen. Die Sparkasse hat daher in Anwendung von § 296 Abs. 2 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschl. Schuldscheindarlehen) sind zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden auf deren Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Unverzinsliche Schuldscheine werden gemäß IDW HFA 1/86 zum Barwert bilanziert.

Für erkennbare Ausfallrisiken haben wir bei Forderungen an Kunden in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Außerdem haben wir eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des steuerlich zulässigen Betrages auf den latent gefährdeten Forderungsbestand gebildet. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge getroffen.

Wechsel im Bestand haben wir zum Zeitwert angesetzt. Sie wurden zu effektiven Hereinnahmesätzen abgezinst.

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip).

Im Rahmen der Abwicklung bei einem offenen Immobilieninvestmentvermögen wurde der beizulegende Wert anhand des rechnerischen Rücknahmepreises unter Berücksichtigung eines Szenarioabschlags für die Ungewissheit des Rückzahlungsbetrags entsprechend den Informationen der Fondsgesellschaft bestimmt.

Bei Wertpapierleihgeschäften gehen wir nicht von einem Übergang des wirtschaftlichen Eigentums der Wertpapiere aus. Insoweit bleiben verliehene Wertpapiere (Buchwert 45 Mio. EUR) in den ursprünglichen Bilanzposten.

Beteiligungen - einschließlich der unter Bilanzposten 6 ausgewiesenen Anteile an geschlossenen Investmentvermögen - und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen werden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer bilanziert. Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung wurden vorgenommen. Aus Vereinfachungsgründen werden bei den Sachanlagen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringem Wert (bis 250 Euro) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis 1.000 Euro) in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen und Vermögenswerte wurden mit dem Niederstwert angesetzt.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen.

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Pensionsrückstellungen wurden unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2018 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der sich aus den vergangenen zehn Jahren ergebende durchschnittliche Marktzinssatz von 3,21 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Die Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes seit dem letzten Abschlussstichtag werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Bei der Berechnung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und ein Rententrend von jährlich 2,0 % berücksichtigt. Aus der Berechnung der Rückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre und der vergangenen sieben Geschäftsjahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 4.783 TEUR. Er unterliegt in Höhe von 529 TEUR der Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 HGB, da in Vorjahren bereits in diesem Zusammenhang 4.254 TEUR der Sicherheitsrücklage zugeführt wurden.

Für Sparkassen ist im Jahr 2018 eine bundesweit einheitliche Methodik zur quantitativen Ermittlung von nicht-passivierten mittelbaren Pensionsverpflichtungen nach Rechtsauffassung des IDW entwickelt worden. Diese löst die bisherigen Verfahren ab. Sparkassen haben ihren Arbeitnehmern Leistungen der betrieblichen Altersversorgung nach Maßgabe des „Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K)“ zugesagt. Um den anspruchsberechtigten Mitarbeitern die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung gemäß ATV-K zu verschaffen, ist die Sparkasse Mitglied in der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Baden-Württemberg (ZVK). Die ZVK finanziert die Versorgungsverpflichtungen im Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren (Hybridfinanzierung). Hierbei werden im Rahmen eines Abschnittdeckungsverfahrens ein Umlagesatz und ein Zusatzbeitrag bezogen auf die Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte der versicherten Beschäftigten ermittelt. Aus den Zusatzbeiträgen wird gemäß § 64 ZVK-Satzung innerhalb des Vermögens der ZVK ein separater Kapitalstock aufgebaut. Die ZVK erhebt zusätzlich zur Deckung der im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstandenen Versorgungsansprüche ein Sanierungsgeld. Der Rechtsanspruch der versorgungsberechtigten Mitarbeiter zur Erfüllung des Leistungsanspruchs gemäß ATV-K richtet sich gegen die ZVK, während die Verpflichtung der Sparkasse ausschließlich darin besteht, der ZVK im Rahmen des mit ihr begründeten Mitgliedschaftsverhältnisses die erforderlichen, satzungsmäßig geforderten Finanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard IDW RS HFA 30 n. F. vertretenen Rechtsauffassung begründet die Durchführung der betrieblichen Altersversorgung bei einem externen Versorgungsträger wie der ZVK handelsrechtlich eine mittelbare Versorgungsverpflichtung. Die ZVK hat im Auftrag der Sparkasse den nach Rechtsauffassung des IDW (vgl. IDW RS HFA 30 n. F.) zu ermittelnden Barwert der auf die Sparkasse im umlagefinanzierten Abrechnungsverband entfallenden Leistungsverpflichtung zum 31. Dezember 2018 ermittelt. Unabhängig davon, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbandes handelt, ist es gemäß IDW RS HFA 30 n. F. für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB anteilig in Abzug zu bringen. Auf dieser Basis beläuft sich der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag auf 93,46 Mio EUR. Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtung wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden (Anwartschaftsbarwertverfahren), die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer gemäß Satzung der ZVK unterstellten jährlichen Rentensteigerung von 1 % und unter Anwendung der Heubeck-Richttafeln RT 2005 G ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung der auf Basis der vergangenen zehn Jahre ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz von 3,21 % verwendet, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Da es sich nicht um ein endgehaltbezogenes Versorgungssystem handelt, sind erwartete Gehaltssteigerungen nicht zu berücksichtigen. Die Daten zum Versichertenbestand der Versorgungseinrichtung per 31. Dezember 2018 liegen derzeit noch nicht vor, sodass auf den Versichertenbestand per 31. Dezember 2017 abgestellt wurde. Der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag bezieht sich auf die Einstandspflicht der Sparkasse gemäß § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG, bei der die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung einzustehen hat (Subsidiärhaftung), sofern die ZVK die vereinbarten Leistungen nicht erbringt. Hierfür liegen gemäß der Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars im Aktuar-Gutachten 2018 für die Sparkasse keine Anhaltspunkte vor. Vielmehr bestätigt der Verantwortliche Aktuar der ZVK in diesem Gutachten die Angemessenheit der rechnungsmäßigen Annahmen zur Ermittlung des Finanzierungssatzes und bestätigt auf Basis des versicherungsmathematischen Äquivalenzprinzips die dauernde Erfüllbarkeit der Leistungsverpflichtungen der ZVK.

Gemäß IDW RS BFA 3 wurde zum Bilanzstichtag auf Basis einer barwertigen Betrachtungsweise unter Berücksichtigung voraussichtlich noch anfallender Risiko- und Verwaltungskosten nachgewiesen, dass aus den zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs) kein Verpflichtungsüberschuss besteht. Somit war diesbezüglich keine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erforderlich. Zinsswapgeschäfte, deren Zinsbindungsdauer über den Steuerungszeitraum des Bankbuchs hinausgehen, haben wir aufgeteilt und den nicht in das Bankbuch einbezogenen Teil einzeln bewertet.

Bei den strukturierten Produkten wurden Forwarddarlehen, eine nachrangige Anleihe mit Schuldnerkündigungsrecht und Anleihen mit Schuldnerkündigungsrecht unter Berücksichtigung des IDW RS HFA 22 einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert und gegebenenfalls bewertet.

Derivative Finanzinstrumente (Optionen), die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, wurden einzeln imparitatisch bewertet.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte (mit Ausnahme der Zinsswapgeschäfte, deren Zinsbindungsdauer über den Steuerungszeitraum des Bankbuchs hinausgehen) wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Das Währungsrisiko wird über eine Währungsposition als Einheit gesteuert. In diese werden die einzelnen Fremdwährungsforderungen und –verbindlichkeiten sowie Kassageschäfte eingestellt. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB wird in Höhe der sich hierbei betragsmäßig ausgleichenden Positionen je Währung angenommen. Daneben bestehen offene Positionen.

Die Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Bilanzposten und der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte erfolgte generell mit dem Kassamittelkurs. Die Sortenbestände wurden mit dem Referenzwechsellkurs für Devisen der Landesbank Baden-Württemberg bewertet.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte wurden erfolgswirksam vereinnahmt.

Der Ausweis der Aufwendungen und Erträge aus besonders gedeckten Positionen erfolgte saldiert im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

C. Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite

3. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.2018 TEUR	Vorjahr TEUR
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	97.051	98.157
darunter: Forderungen an die eigene Girozentrale	90.745	

Die Unterposition b) - andere Forderungen - (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	TEUR
bis drei Monate	-
mehr als drei Monate bis ein Jahr	-
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	63.535
mehr als fünf Jahre	-

4. FORDERUNGEN AN KUNDEN

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.2018 TEUR	Vorjahr TEUR
Forderungen an verbundene Unternehmen	2.223	1.941
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	43.775	82.576
nachrangige Forderungen	5.094	4.493
darunter:	2.223	1.941
an verbundene Unternehmen		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.872	2.552

Diese Position (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	TEUR
bis drei Monate	172.864
mehr als drei Monate bis ein Jahr	523.240
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.490.434
mehr als fünf Jahre	3.744.236
mit unbestimmter Laufzeit	196.486

5. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

In dieser Position sind enthalten:

	31.12. 2018 TEUR	Vorjahr TEUR
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	60.942	60.942
Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	154.121	

	TEUR
Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind börsennotiert	1.151.977

In Unterposition b) - Anleihen und Schuldverschreibungen - sind enthalten:

	31.12. 2018 TEUR	Vorjahr TEUR
Nachrangige Forderungen	5.236	5.236

6. AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Anteile an Investmentvermögen

An den folgenden Investmentvermögen halten wir mehr als 10 % der Anteile:

Anlageziele Bezeichnung des Investmentvermögens		Marktwert TEUR	Buchwert TEUR	Ausschüttungen im Geschäftsjahr TEUR
Deka Fidelitas Fund Master 2	Gemischter Fonds	38.043	38.043	378
Deka Fidelitas Fund Master 3	Rentenfonds	68.223	50.000	1.396
Deka Fidelitas Fund Master 4	Rentenfonds	75.090	50.000	1.696
Deka Fidelitas Fund Master 5	Rentenfonds	74.120	59.990	1.260
Deka Fidelitas Fund Master 6	Rentenfonds	67.421	50.000	1.617
Deka Fidelitas Fund Master 7	Rentenfonds	22.444	20.261	298
Deka Fidelitas Fund Master 8	Gemischter Fonds	47.658	47.658	266

Für die dargestellten Investmentvermögen lagen keine Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe vor.

9. TREUHANDVERMÖGEN

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden (Aktivposten 4) dar.

12. SACHANLAGEN

In dieser Position sind enthalten:

	TEUR
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	60.086
Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.239

13. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.2018 TEUR	Vorjahr TEUR
nachrangige Vermögensgegenstände	7.276	7.446

Mehrere Positionen betreffende Angaben

	TEUR
Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	35.170

ANLAGENSPIEGEL

	Entwicklung des Anlagevermögens (Angaben TEUR)													
	Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten					Entwicklung der kumulierten Abschreibungen						Buchwerte		
	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Abschreibungen im Geschäftsjahr	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit			Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	
								Zugängen	Abgängen	Um- buchungen				
Immaterielle Anlage- werte	3.378	815	48	-	4.146	3.185	308	-	-	48	-	3.445	700	193
Sach- anlagen	233.248	4.358	1.877	-	235.729	123.313	6.756	-	-	1.760	-	128.309	107.420	109.935

Finanzanlagen

- ohne anteilige Zinsen -

	Buchwert 31.12.2017 TEUR	Veränderungssaldo (§ 34 Abs. 3 RechKredV) TEUR	Buchwert 31.12.2018 TEUR
Beteiligungen	81.956	0	81.956
Anteile an verbundenen Unternehmen	845	0	845
Sonstige Vermögensgegenstände	7.169	-167	7.002

Passivseite

1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.2018 TEUR	Vorjahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	700.102	579.239
darunter: gegenüber der eigenen Girozentrale	699.536	

	TEUR
Der Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenstände für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt	617.105

Die Unterposition b) - mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	TEUR
bis drei Monate	111.028
mehr als drei Monate bis ein Jahr	258.152
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	374.883
mehr als fünf Jahre	421.693

2. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.2018 TEUR	Vorjahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.692	3.154
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	652	1.165

Die Unterposition ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	TEUR
bis drei Monate	57.043
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.028.194
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	11.807
mehr als fünf Jahre	0

Die Unterposition bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	TEUR
bis drei Monate	49.476
mehr als drei Monate bis ein Jahr	24.255
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	390
mehr als fünf Jahre	50.014

4. TREUHANDVERBINDLICHKEITEN

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1).

6. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In dieser Position sind enthalten:

	31.12. 2018 TEUR	Vorjahr TEUR
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	853	867

9. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

	TEUR
Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen in folgender Höhe angefallen	411

Die Bedingungen der im Passivposten "Nachrangige Verbindlichkeiten" enthaltenen Mittelaufnahmen entsprechen im Volumen von 3 TEUR dem § 10 Abs. 5 a) KWG (in der am 31.12.2013 gültigen Fassung) und im Volumen von 27.000 TEUR dem Artikel 63 der Capital Requirements Regulation (CRR). Die Umwandlung in Kapital oder eine andere Schuldform ist in keinem Fall vereinbart oder vorgesehen.

Die einzelnen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % des Gesamtbetrags übersteigen, sind wie folgt ausgestattet (ohne anteilige Zinsen):

Betrag TEUR	Zinssatz %	fällig am	Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
4.000	1,750	28.11.2024	Nein
3.500	1,750	28.11.2024	Nein
3.000	1,750	10.12.2024	Nein

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt 16.503 TEUR (ohne anteilige Zinsen), die im Einzelfall 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 1,54 % und eine Ursprungslaufzeit von 10 Jahren.

Mehrere Positionen betreffende Angaben

	TEUR
Von den Schulden lauten auf Fremdwährung	34.799

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. ZINSERTRÄGE

In dieser Position sind enthalten:

	TEUR
Periodenfremde Erträge: Erträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen bzw. Zinsnachzahlungen	4.660

2. ZINSAUFWENDUNGEN

In dieser Position sind enthalten:

	TEUR
Periodenfremde Aufwendungen: Close-Out-Zahlungen aus Zinsswaps	3.823

6. PROVISIONSAUFWENDUNGEN

Aufwendungen aus der Vermittlungstätigkeit Dritter im Aktiv- oder Passivgeschäft (1.835 TEUR) wurden im Hinblick auf die geänderte bilanzrechtliche Kommentarmeinung erstmals in dieser Position ausgewiesen (Vorjahr GV-Posten 10b) 1.559 TEUR).

8. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

In dieser Position sind enthalten:

	TEUR
Periodenfremde Erträge: Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	4.191

10. ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN

In dieser Position sind enthalten:

	TEUR
Periodenfremde Aufwendungen: Aperiodische Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	1.644

23. STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG

In dieser Position sind enthalten:

	TEUR
Ertrag aus Auflösung von Steuerrückstellungen und Steuererstattungen für vorangegangene Veranlagungszeiträume	4.230
Steuernachzahlungen für vorangegangene Veranlagungszeiträume	293

29. BILANZGEWINN

Der Verwaltungsrat wird den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 in seiner für den 27.06.2019 vorgesehenen Sitzung feststellen. Der Vorschlag für die Verwendung des Ergebnisses sieht vor, den Bilanzgewinn vollständig der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

E. Sonstige Angaben

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Name, Sitz	Höhe des Kapitalanteils %	Eigenkapital	Jahresüberschuss (-fehlbetrag) TEUR
Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Mainz	0,24	13.331 Mio. EUR (31.12.2017)	+ 419 Mio. EUR (2017)
Sparkassenverband Baden-Württemberg, Stuttgart	2,64	- ¹	- ¹
SVB-Sparkassen-Versicherung Beteiligungs-GmbH Nr. 1, Stuttgart	16,38	167.302 TEUR (30.09.2018)	+ 3.098 TEUR (2017/2018)
SVB-Sparkassen-Versicherung Beteiligungs-GmbH Nr. 8, Stuttgart	10,64	41.968 TEUR (30.11.2017)	+ 987 TEUR (2016/2017)

¹ Keine Angabe gemäß § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB

Der übrige Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB ist für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

Der Sparkassenverband Baden-Württemberg hat sich zusammen mit den weiteren Trägern quotaal entsprechend seinem Stammkapitalanteil im Geschäftsjahr 2009 an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die Landesbank Baden-Württemberg beteiligt. Als Mitglied des Sparkassenverbands Baden-Württemberg sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Darüber hinaus sind wir Mitglied des Sicherungssystems der Deutschen Sparkassenorganisation, wobei das System der freiwilligen Institutssicherung beibehalten wurde. Zusätzlich erfüllt das Sicherungssystem auch die Anforderungen des Einlagensicherungsgesetzes. Aus diesen Verpflichtungen ist über die laufenden jährlichen Beitragsverpflichtungen hinaus derzeit ein akutes Risiko einer wesentlichen Inanspruchnahme nicht erkennbar.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö.K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Aktuell ist aus dieser Verpflichtung kein akutes Risiko einer Inanspruchnahme erkennbar.

Derivative Finanzinstrumente

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte gliedern sich wie folgt:

	Nominalbeträge			
	in TEUR			Insgesamt
	nach Restlaufzeiten			
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	
Zinsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Zinsswaps	-	50.000	220.000	270.000
Bandoptionen (Verkäufe)	140.000	-	-	140.000

Bei den Bandoptionen (Verkäufe) handelt es sich um Anlagebuchgeschäfte. Bei den Kontrahenten im Derivategeschäft per 31. Dezember 2018 handelt es sich ausschließlich um deutsche Kreditinstitute.

Für die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivate ergeben sich folgende zusätzliche Angaben nach § 285 Nr. 19 HGB:

	Nominale werte in TEUR	Zeitwerte in TEUR ¹		Options- Prämie in TEUR	Rück- stellung (P7) in TEUR
		+	-		
Zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Zinsswaps ²	270.000	-	12.398		2.078
Bandoptionen (Verkäufe)	140.000	800	-	(P5) 1.154	-

¹ Ohne anteilige Zinsen

² Diese in die Zinsbuchsteuerung einbezogenen Derivate wurden - mit Ausnahme der Zinsswapgeschäfte, deren Zinsbindungsdauer über den Steuerungszeitraum des Bankbuchs hinausgehen - bei der verlustfreien Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) berücksichtigt (vgl. Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“) und waren insoweit nicht gesondert zu bewerten.

Bei OTC-gehandelten derivativen Finanzinstrumenten werden theoretisch ermittelte Werte als Zeitwerte angesetzt (Mark to Model Bewertung).

Bei der Mark to Model Bewertung wird bezüglich der derivativen Finanzinstrumente wie folgt verfahren:

Zinsswaps werden in die Basisbestandteile Kuponanleihe und Floater zerlegt und unter Zugrundelegung entsprechender Zinsstrukturkurven getrennt bewertet. Der Barwert des Swaps ergibt sich dabei aus der Differenz der Barwerte der beiden Basisprodukte.

Für die Bandoptionen werden die ausgewiesenen Zeitwerte mittels des Binomialmodells bzw. Black/Scholes-Modells in der jeweils erforderlichen Modifikation berechnet. Grundlagen der Bewertung waren insbesondere der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die Volatilitäten.

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastung durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Forderungen an Kunden, anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie bei den Rückstellungen. Ein Ausweis passiver latenter Steuern war insoweit nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse entsprechend § 274 Abs. 1 HGB verzichtet. Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 30,0 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zzgl. Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit einem Steuersatz von 15,825 % berücksichtigt.

Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr wurden von unserem Abschlussprüfer für folgende Leistungen Honorare berechnet:

	TEUR
für die Abschlussprüfung	213
für andere Bestätigungen	44
für die Steuerberatung	3

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Vollzeitkräfte	773
Teilzeit- und Ultimokräfte	455
Auszubildende	81
Insgesamt	1.309

Bezüge / Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.857 TEUR gewährt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden Gesamtbezüge in Höhe von 2.253 TEUR bezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 29.607 TEUR.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 221 TEUR.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 906 TEUR gewährt.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 3.663 TEUR ausgereicht.

Mandate

Eines unserer Vorstandsmitglieder ist Mitglied im Aufsichtsrat der Deutsche Kreditbank AG, Berlin.

Organe

Verwaltungsrat	
Vorsitzender	Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister Karlsruhe
Stellvertreter	Johannes Arnold, Oberbürgermeister Ettlingen
	Klaus Demal, Oberbürgermeister Stutensee, bis 10.05.2018
	Sebastian Schrempf, Oberbürgermeister Rheinstetten
Mitglieder	Doris Baitinger, Lehrerin, Land Baden-Württemberg
	Matthias Baumstark, Metallbauer, Geschäftsführer Matthias Baumstark GmbH
	Nicola Bodner, Bürgermeisterin Pfinztal
	Christian Eheim, Bürgermeister, ab 11.07.2018
	Thorsten Ehlgötz, Geschäftsführer, Maschinenbaumeister
	Monika Glück-Kiefer, Mitarbeiterin der Sparkasse
	Elmar Himmel, Bürgermeister Malsch
	Helga Hoffmann, Mitarbeiterin der Sparkasse
	Tom Hoyem, Direktor der Europäischen Schule Karlsruhe (ESK) a. D.
	Sabine Just-Höpfinger, Dipl.-Informatikerin, Prokuristin Barth + Höpfinger GmbH
	Klaus Kasperlik, Mitarbeiter der Sparkasse
	Dr. Ute Leidig, Dipl.-Psychologin
	Jörg Lesser, Privatier
	Alexander Litterst, Mitarbeiter der Sparkasse
	Stefan Martus, Bürgermeister Philippsburg
	Parsa Marvi, Dipl.-Betriebswirt, Produktmanager
	Petra Rastetter, Mitarbeiterin der Sparkasse
	Andreas Ries, Mitarbeiter der Sparkasse
	Christina Ritzer, Dipl.-Kaufmann, Gesellschafterin Bardusch GmbH & Co KG
	Rainer Schuhmacher, Mitarbeiter der Sparkasse
Arthur Sharp, Mitarbeiter der Sparkasse	
Vorstand	
Vorsitzender	Michael Huber, Sparkassendirektor
Mitglieder	Thomas Schroff, Sparkassendirektor
	Lutz Boden, Sparkassendirektor
	Marc Sesemann, Sparkassendirektor

Karlsruhe, 11. März 2019

Der Vorstand



Michael Huber



Thomas Schroff



Lutz Boden



Marc Sesemann

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG
zum 31. Dezember 2018
("Länderspezifische Berichterstattung")**

Die Sparkasse Karlsruhe hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Karlsruhe besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Karlsruhe definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2018 199.991 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 1.110.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 24.605 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 15.853 TEUR. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Sparkasse Karlsruhe hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Sparkasse Karlsruhe, Karlsruhe

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparkasse Karlsruhe (im Folgenden: Sparkasse) bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Sparkasse zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 Handelsgesetzbuch (im Folgenden: HGB) erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften von der Sparkasse unabhängig und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchstabe f) EU-APrVO i. V. m. § 340k Abs. 3 HGB, dass alle von uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Bewertung von Forderungen an Kunden

a) Sachverhalt und Problemstellung

Das Kundenkreditgeschäft ist ein maßgebliches Geschäftsfeld der Sparkasse. Bei der Bewertung einzelner Kundenforderungen ist das Adressenausfallrisiko des Kreditnehmers, d. h. insbesondere die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Kreditnehmer seinen vertraglichen Leistungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, sowie die Bewertung der ggf. vorliegenden Sicherheiten, maßgeblich. Die Bewertung dieser Forderungen beruht somit in einem hohen Maße auf den Einschätzungen und Annahmen des Vorstands der Sparkasse zu den genannten Sachverhalten und hat daher wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss, insbesondere auf die Ertragslage der Sparkasse. Für die Zwecke der Rechnungslegung sind insofern die Kreditprozesse zur Bewertung der Forderungen von besonderer

Bedeutung. Die Bewertung von Forderungen an Kunden bedarf insoweit einer besonderen Befassung durch den Abschlussprüfer.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Bereits im Rahmen unserer vorgezogenen Prüfung der organisatorischen Pflichten haben wir die Ordnungsmäßigkeit der Kreditprozesse, u. a. den Forderungsbewertungsprozess, nachvollzogen. Die relevanten Kreditprozesse sowie die Ausgestaltung und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems bei der Bewertung der Kundenforderungen beurteilen wir regelmäßig auf Grundlage von Aufbau- und Funktionsprüfungen.

Bei einer risikoorientiert vorgenommenen bewussten Auswahl von Kreditengagements haben wir Einzelfallprüfungen vorgenommen und auf der Grundlage von Kreditunterlagen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen die von der Sparkasse vorgenommene Beurteilung des kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisikos sowie auf Basis von Objektunterlagen die Bewertung der Kreditsicherheiten bei ausfallgefährdeten Forderungen nachvollzogen.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Informationen und Erläuterungen sind in den Anhangangaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Abschnitt B) sowie zu den Beständen zum Bilanzposten Forderungen an Kunden (Abschnitt C) enthalten. Darüber hinaus verweisen wir auf die Darstellungen und Erläuterungen im Lagebericht (Abschnitte 2.2.2, 2.3.1 und 4.1.2).

Sonstige Informationen

Der Vorstand ist für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die uns vor dem Datum des Bestätigungsvermerks vorgelegte sonstige Information umfasst den gemäß § 340a Abs. 1a HGB i. V. m. § 289b Abs. 3 Satz 1 Nr. 2a HGB zusammen mit dem Lagebericht nach § 325 HGB zu veröffentlichenden nichtfinanziellen Bericht für das Geschäftsjahr 2018.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter (Vorstand) und des Aufsichtsorgans (Verwaltungsrat) für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten und unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Sparkasse zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Sparkasse ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Sparkasse.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Verwaltungsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Verwaltungsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Verwaltungsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir sind nach § 30 Abs. 2 Satz 2 Sparkassengesetz für Baden-Württemberg i. V. m. § 340k Abs. 3 Satz 1 HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Sparkasse.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem Prüfungsbericht nach Art. 11 EU-APrVO in Einklang stehen.

Von uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die Sparkasse erbracht:

- Prüfung gemäß § 89 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)
- Prüfung des Jahresabschlusses, zum 31. Dezember 2018 bei den Tochtergesellschaften ISK Immobilien- und Servicegesellschaft Karlsruhe mbH, S-ImmoCenter Gesellschaft mbH, S-Versicherungs-Agentur GmbH, Grundstücksgesellschaft der Sparkasse Karlsruhe Ettlingen mit beschränkter Haftung sowie Grundstücksgesellschaft der Sparkasse Karlsruhe Ettlingen mbH & Co. Gebäude- und Verwaltungs-KG.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung vorrangig verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Peter Ohnimus.

Stuttgart, den 20. Mai 2019

Sparkassenverband Baden-Württemberg
Prüfungsstelle

Witt
Wirtschaftsprüfer

Ohnimus
Wirtschaftsprüfer

Sparkasse Karlsruhe
Kaiserstraße 223
76133 Karlsruhe

Servicetelefon:
Montag bis Freitag von 8.00 – 20.00 Uhr
Telefon 0721 146-0
Telefax 0721 146-1255
info@spk-ka.de